

Deutschland.

Breslau, 10. März. [Amliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreis-Van-Inspector Hoffmann zu Fulda den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Gemeindeförster Reinhard zu Reichenstein, im Kreise Neuwied, den Königlich Kronen-Orden vierter Klasse; dem Schullehrer und Organisten Bodewitz zu Belgrad den Adler der Inhaber des Königlich Haus-Ordens von Hohenzollern; sowie dem Hornisten Dämen im 5. Rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 65 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den Commerzienrathen Fromberg und Seimann zu Breslau den Charakter als Geheimer Commerzienrath, und dem praktischen Arzt Dr. med. Rudolf Wolf in Schlangenberg, sowie dem praktischen Arzt Dr. med. Franz Josef Schwann in Godesberg den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Se. Majestät der König hat dem ersten Dragoon der Kaiserlich Deutschen Wottschaft in Konstantinopel, Karl Testa, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; sowie dem Kaiserlich Königlich österreichischen Leib-Kammerdiener Hornung zu Wien den Königlich Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Maurer Jakob Bronner zu Hagenbieten, im Landkreise Strahburg i. E., die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Der Thierarzt Joseph Eugen Robert Nuthwill in Berlin ist zum kommissarischen Kreis-Thierarzt für die Kreise Hirschberg und Schönan, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Hirschberg, ernannt worden.

Breslau, 10. März. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahm heute den Vortrag des Civil-Cabinetts entgegen und begab sich um 1 Uhr zur feierlichen Enthüllung des Standbildes Ihrer Majestät der hochseligen Königin Luise nach dem Thiergarten.

[Beide Kaiserliche Majestäten] besuchten gestern Abend Ihre Königlich Hoheit die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin, welche zur Feier der Enthüllung des Luise-Denkmal hier eingetroffen ist.

Fr. Breslau, 10. März. [Die Enthüllung des Denkmal der Königin Luise.] Eine förmliche Sommerhize lagerte heute über der Residenz. Seit vielen Jahren war wohl in der ersten Hälfte des Monat März nicht ein so prachtvolles Wetter als am heutigen Tage, woselbst die Hülle des Denkmal der Königin Luise fallen sollte. Zu Ehren des Tages hatte eine Menge von öffentlichen und Privatgebäuden Flaggenschmuck angelegt und schon am frühen Morgen pilgerte unter den Linden und den angrenzenden Straßen eine festlich gekleidete Menge nach dem romantisch beleagerten Thiergarten. An der Südseite dieses Parks befindet sich die Luiseninsel, ein von kleinen Gewässern umgebener umfangreicher Platz. Hier ist dem Könige Friedrich Wilhelm III. bereits ein Denkmal errichtet, und nun hat auch daselbst die unvergessliche Königin Luise von Preußen in fast unmittelbarer Nähe ein Denkmal erhalten. 34 hohe Masten mit Bannern in den preussischen Farben umsäumen den Festplatz. Laubgewinde, im Hintergrunde und zu Seiten des Denkmal, da wo die Tribünen stehen, zogen sich von Mast zu Mast Wappenschilde mit dem preussischen Adler. Flaggen in den preussischen und mecklenburgischen Farben zierten die einzelnen Masten. Das Denkmal selbst war durch Vorhänge, die von vier Masten gehalten wurden, den Blicken der Anwesenden verhallt. Der Vorhang an der Vorderseite gegenüber dem Kaiserpavillon zeigte in mächtigen Dimensionen den Adler Preußens. Innerhalb der Umhüllung verdeckte grünes Moos den Erdboden; außerhalb derselben umschloß ein breiter Gürtel üppig blühender Topfgewächse in geschmackvoller Zusammenstellung den Sockel des Denkmal. Zu beiden Seiten der dreistufigen Freitreppe, die zu dem Unterbau des Denkmal hinaufführt, waren, den Linien der Sandsteinfassung sich anschmiegend, aus Palmen und getriebenen Pflanzen in prächtigster Blumenpracht Rundtheile gebildet. Etwa 14 Meter vom Denkmal entfernt, war vor der Freitreppe der Kaiserpavillon errichtet. Auf 4 Säulen ruhend, zogen sich über dessen roten, mit Gold umsäumten Draperien preussische Adler in Silber auf schwarzem Grunde hin. Eine Kieseltrone, über welcher die Kaiser-Standarte wehte, krönte den Pavillon. Zu beiden Seiten des Pavillon und im Hintergrunde waren hochstämmige Blattpflanzen und blühende Blumen aufgestellt, die jedoch nach dem Denkmal Friedrich Wilhelm III. einen Durchblick frei ließen. Zu beiden Seiten des Pavillons erhoben sich die rothdrapirten Tribünen, die in etwa 20 Sitzreihen zusammen 900 Personen faßten. Auch das Denkmal Friedrich Wilhelm III. hatte Festschmuck angelegt. Gegen 12 Uhr Mittags erblieben die Ehrengäste. Zur rechten Seite des Denkmal nahmen die Mitglieder des Comites und die Deputirten der Communalbehörden, links sechs Ritter des Eisernen Kreuzes von 1813, sowie die Damen des Luisenordens Aufstellung. Die Jünglinge des Luisenstifts stellten sich neben das Denkmal, während an der Freitreppe einerseits die Chorgirten der Universität, andererseits die der technischen Hochschule, der Bergakademie und der Akademie der Künste sich ordneten. Auf der ersten Tribüne rechts vom Kaiserpavillon nahmen die Obersten und Oberbefehlshaber und die sonstigen, in unmittelbarer Beziehung zu den kaiserlichen Personen stehenden, sowie die Generalität, geführt vom General-Feldmarschall Grafen v. Moltke, Platz. Auf der links vom Pavillon befindlichen Tribüne versammelten sich die activen und inactiven Staatsminister, die Excellenzen, die Staatssecretäre des Reiches und die preussischen Unter-Staatssecretäre, die Präsidenten des Reichstages, die Mitglieder des auswärtigen Amtes u. Die beiden übrigen Tribünen, die sich hinter den genannten erhoben, füllte bereits vor 12 Uhr ein zahlreiches distinguirtes Publikum. Von den Ministern waren erschienen: Graf Stolberg, Hofmann, Graf Culenburg, General v. Kameke, General v. Stosch, v. Puttkamer, Dr. Lucius, Dr. Friedberg und Bitter. Fürst Bismarck hatte sich entschuldigen lassen. Man bemerkte ferner die Staatsminister, Dr. Delbrück und Dr. Falk und außer dem Feldmarschall Grafen v. Moltke, die Generale von Steinacker, von Schwarzhoff, Fürst Radziwill, Gouverneur v. Fransecky, Commandant Graf v. Wartensleben, Graf v. d. Goltz, v. Flatau, General-Major v. Albedyll und General v. Gell. Die Akademie der bildenden Künste hatte den Director v. Berner, Professor Gwalb und Director Jordan und die Universität den Prorector Professor Dr. Zeller und die Decane Professoren Hirsch, Bruns und Kleinert delegirt. Gleich nach 1/21 Uhr erschien Prinz Albrecht und sehr bald darauf der Erbprinz von Mecklenburg-Strelitz. Alsdann erschienen kurz nacheinander, von dem Comite am Eingange zum Festplatze empfangen: Prinz Friedrich von Hohenzollern mit Gemahlin, Prinz Friedrich Carl mit dem Prinzen Leopold, Prinzessin Friedrich Carl, Prinz Carl, Prinz Wilhelm, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen und Prinz August

von Württemberg. Kurz vor 1 Uhr vernahm man in der am Festplatz belegenen Thiergartenstraße jubelnde Hurrahrufe. Es war das Zeichen, daß der Kronprinz herannahte. Der hohe Herr erschien in Begleitung seiner ältesten Tochter, der Prinzessin Charlotte. Wenige Minuten nachher wiederholten sich die Hurrahrufe, sie galten Sr. Maj. dem Kaiser, der im offenen Wagen in Begleitung des Flügeladjutanten Grafen v. Lehndorff erschien. Zuletzt kam die Kaiserin mit der Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin im geschlossenen Wagen. An der auf die Luiseninsel führenden Brücke wurde der Kaiser von den Mitgliedern des Comites und des Magistrats, denen sich der Schöpfer des Denkmal, Bildhauer Ende, angeschlossen hatte, begrüßt. Auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Kaisers intonirte der Domchor, mit Begleitung von Blasinstrumenten: „Siehe, wir preisen selig, die geduldet haben, denn ob der Leib gleich stirbt, doch wird die Seele leben.“ Alsdann hielt der Vorsitzende des Fest-Comites, Staatsminister a. D. Wirkliche Geh. Rath Hobrecht, ungefährl folgende Ansprache: „Wenige Schritte von hier steht unter überhängenden Bäumen am Rande des Wassers ein einfacher Steinwürfel, den jährlich am 10. März, dem Geburtsstage der hochseligen Königin Luise, treue Hände mit frischen Blumen schmücken. Es ist ein Altar, vor 79 Jahren errichtet von hiesigen Bürgern zur Erinnerung an einen zweiten Einzug — nicht ärmer an Hoffnungen, aber begleitet von tief schmerzlichen Empfindungen. Die Gewalt eines harten Feindes hatte unser Volk niedergeworfen, unsern Staat zertrümmert. Innerlich und äußerlich unvorbereitet, wurde das Vaterland nach kurzem Kampfe eine Beute des Eroberers. War Jemand schuldlos an diesem Verhängniß, so war es die junge Königin. In einer Zeit des Uebermuths und der Ueppigkeit hatte sie am Throne, an der Seite ihres hohen Gemahls das Muster eines anspruchslos reinen und frommen Haushaltes geschaffen, nie, bei aller Lebhaftigkeit des Geistes und trotz aller Beschäftigungen, die festen Schranken überschritten, die in öffentlichen Angelegenheiten des Staats dem Wirken der Frau gesetzt sind, — stets mit herzogwinender Anmuth und ungekünstelter Würde die Pflichten ihres hohen Berufes erfüllt. Und doch — als über die Schuld des ganzen Volks das Verhängniß hereinbrach, entzog sie sich ihm nicht. Mit den letzten Schaaren der Vaterlandsvertheidiger bis hart an die äußerste Grenze des Reichs zurückweichend, harrete sie treu aus an der Seite des Königs, theilte Roth und Sorge mit den Bedrängten, und was Alle fühlten, Alle fühlten sollten, damit hat sie innerlich gerungen!

An demselben Tage, an dem einst die Hauptstadt der einziehenden, hoffnungsreichen Braut zugejubelt hatte, kehrte nun die Schweregeprüfte hierher zurück und alles Volk begrüßte sie als Bürgin einer Befreiung von unerträglichem Joch, einer Erlösung, die nicht ausbleiben könne. Es schien eine Forderung der ewigen Gerechtigkeit, daß auf so viel unverschuldete Trübsal doppelte Freude folgen, daß so feste Zuversicht dessen, das man hoffet und nicht sieht, auch zum Schauen dessen führen müsse, das man gehofft hat. — Es war anders bestimmt in Gottes Rath. Nur noch wenige Monate widerstand das tief erschütterte Leben, bis zum letzten Aufzuge allen Andern liebevollen Trost und heitere Hoffnung spendend; man sagt: sie hätte zu viel geweiht. So starb die Königin. Ihre Hand sollte es nicht mehr sein, die dem Sieger den Kranz auf die Stirn drücken würde, ihr Auge sollte ihm nicht entgegen lächeln. Aber König und Volk wußten, daß ihnen oblag, den Lorbeer zu erringen, um den Sarg der früh Entschlafenen zu schmücken, denn, wie in jenen letzten blutigen Kämpfen auf den Feldern Ostpreußens der Muth der Helden an ihrem Muthes sich gehoben hatte, so hatte sie dort auch, als Alles verloren schien, die Fahne des Glaubens und der Hoffnung aufgezogen. Ihre Schönheit und Anmuth waren nur der Abglanz des reinen Strebens nach der Wahrheit. Als die stille Jahresfeier ihrem 100. Geburtsstage galt, da sind Männer und Frauen aus allen Kreisen zusammengetreten, in dem Wunsche, ein Standbild zu errichten, das mit den Zügen und der Gestalt der Verkörpert, sowie sie hier wandelte, noch zu den kommenden Geschlechtern spräche; und ein seltsames Glück machte es den Verbundenen mit Hilfe der Gemeindebehörden dieser Stadt möglich, dem Sohne der geliebten Königin, der der Mutter prophetisches Wort über menschliches Erwarten und Hoffen zu erfüllen bestimmt war, unserm allverehrten Kaiser und Herrn, zu seinem 80. Geburtstage dies Denkmal heiliger Erinnerung zu widmen. Nun hat des Künstlers Hand das Werk vollendet. Wenn die Bewohner und Besucher der Hauptstadt des Reiches jene stolze Siegesstraße zum Königschloß, wo von den Zinnen die Helmbüchse der Trophäen niederwinkten, wo die Standbilder unserer Helden in Erz und Marmor auf sie herabschauen, verlassen — wenn sie eintreten in den Frieden dieses Waldes, so empfängt sie die erste Weihe anderer Erinnerungen: dort umgeben von wildern stiller Naturfreuden, der sinnende König, das milde Antlitz dieser Insel zugewendet — hier, getragen von den Gestalten eines kriegerisch bewegten Volkes, die lieblichste Landesmutter. Aus den still redenden Zügen vernahmen wir die Mahnung: Ueber zeitlichem Vortheil nie die ewigen Mächte zu vergessen — im Triumphe nicht die Demuth, im Besitze nicht die Ideale zu verlieren! Wir hören sie, wie wenn es die treue Stimme der eigenen Eltern wäre, und denken des Gebots, das uns gegeben ist: „Du sollst Deinen Vater und Deine Mutter ehren, auf daß Dir's wohl gehe und Du lange lebest auf Erden!“ — Auf Allerhöchsten Befehl fiel nunmehr die Hülle des Denkmal. Der Domchor und die Versammelten sangen: „Lobe den Herrn“ u. f. w., worauf Oberbürgermeister Dr. v. Jordanbeck auf Se. Majestät den Kaiser und Königin ein Hoch ausbrachte, in das alle Anwesenden dreimal begeistert einstimmten. Die Festversammlung sang alsdann die Nationalhymne. Hierauf unternahmen die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften einen Rundgang und verließen unter unaufhörlichen Hurrahrufen gegen 2 Uhr Nachmittags den Festplatz.

— Breslau, 10. März. [Die Vorlage über die Verlängerung der Legislatur- und Budgetperioden. — Gegen die Beschlußfähigkeit des Reichstages. — Aus der Budgetcommission. — Zur Erledigung des Etats.] Die Aeußerungen des Reichstanzlers bei seinem letzten Diner über die Vorlage, betreffend die Etats- und Legislaturperioden, werden hier und da so aufgefaßt, als stände man vor der Möglichkeit einer Zurückziehung der bezw. Vorlagen. Daran ist aber, wie wir versichern können, auch nicht entfernt zu denken. In bundesrathlichen Kreisen hat die

Vorlage begreiflicherweise zugesagt, und man hat keine Mühe sich verdrießen lassen, um dieselbe zur einstimmigen Annahme zu fördern. Jedenfalls wünscht man die Angelegenheit vor den Reichstag zu bringen, wenn auch die Hoffnung der Annahme nur gering ist. — Die Fraktionsvorsitze des Reichstages haben die Mitglieder auffordern lassen, ihrerseits etwas gegen die chronische Beschlußunfähigkeit des Hauses zu unternehmen und sich zu den folgenden Sitzungen bis zur Vertagung so zahlreich wie möglich einzufinden. Man darf begierig sein, in wie weit dieser Befehl nachgekommen werden wird. — Die Budgetcommission hat heute von dem Postetat abgestrichen eine Summe von ca. 400,000 M., und ebenso hat sie beschlossen u. A. die Kohlepostverbindung mit Charlottenburg nicht zu bewilligen. Indessen steht die Erfüllung auch dieser Wünsche lediglich dahin. Seitens der Fraktionsvorsitze des Reichstages werden Bemühungen angestrengt, um jedenfalls die Beratungen des Etats vor der Vertagung zum vollen Abschluß zu bringen.

Breslau, 10. März. [Bundesrathssitzung.] In der am 9. d. M. unter dem Vorsitze des Staatsministers Hofmann abgehaltenen Sitzung des Bundesraths wurde Mittheilung gemacht von der Ernennung des Geheimen Ober-Regierungsraths und Vortragenden Rath's in der Reichskasse Liebenmann zum preussischen Bevollmächtigten, sowie von der unterzeichneten Annahme des Gesetzentwurfs wegen Ergänzung des Militär-Pensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 durch den Reichstag. Von der seitens des Präsidiums mitgetheilten Nachweisung über die den einzelnen Bundesstaaten bis Ende December 1879 überwiesenen Beträge an Reichs-Silber-, Nickel- und Kupfermünzen nahm die Versammlung Kenntniß. Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhöhung der Lizenzgebühren für den Kleinverkauf von geistigen Getränken in den Reichsländern, wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die Ergänzung des Entwurfs zum Reichs-Haushalts-Etat (Etat der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung) für das Etatsjahr 1880/81, sowie die dem Reichstage noch nicht vorgelegte Berechnung der nach dem Reichs-Haushalts-Etat für 1880/81 zur Deduction der Gesamtausgabe aufzubringenden Matricularbeiträge (Anlage XX zum Reichs-Haushalts-Etat) gelangten zur Annahme. Ebenso erhielt, dem Gutachten des berichtenden Ausschusses für Handel und Verkehr entsprechend, der zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich der Hawaiianischen Inseln abgeschlossene Handels-, Handels-, Schiffsfahrts- und Consularvertrag, d. d. Berlin, den 25. März 1879, und Honolulu, den 19. September 1879, nebst zugehöriger Declaration vom 10. Februar 1880 die Zustimmung, auch erklärte die Versammlung sich damit einverstanden, daß über den Abschluß eines Handels-, Handels-, Schiffsfahrts- und Consularvertrages zwischen dem Reich und Madagaskar mit der Sava-Regierung in Verhandlung getreten werde. Nach dem Antrage des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen wurde ferner beschlossen, daß jordan feines, trockenes Seifenpulver nur nach vorgängiger vorchriftsmäßiger Prüfung der Reinheit zur Denaturierung von Bestellgütern verwendet werden dürfe. Weiter wurde, gleichfalls nach dem Gutachten des berichtenden Ausschusses, über die Befreiung einer auf die Zolltarification von Kunstbutter bezüglichen Eingabe besunden und schließlich über die geschäftliche Behandlung der neuerdings eingelaufenen Petitionen Bestimmungen getroffen.

[Strafvolziehung.] Die „N.-L. C.“ schreibt: Eine lebhaft öffentliche Discussion hat sich in neuerer Zeit über die heutige Strafgesetzgebung und Strafvolziehung erhoben. Die bekannte Schrift des Oberlandesgerichtsrath Dr. Mittelstädt zu Hamburg „gegen die Freiheitsstrafen“ hat unlängst die Angelegenheit in einer Weise behandelt, die mehr als je verbiente, Beifall gefunden, jedenfalls aber auch außerhalb der Fachkreise Interesse für diese hochwichtige Culturfrage hervorgerufen hat. Die Meinung, alle Schäden der Zeit auf eine verfehlte Gesetzgebung zurückzuführen, ist durch jene Schrift bei Vielen verstärkt und die Schlagwörter der Mittelfädlichen Beweisführung sind in der conservativen Presse in einer Weise verbreitet worden, die in einer Zeit, wo die geistliche Negelung des Strafvollzugs bevorsteht, von bedenklicher praktischer Wirkung werden könnte. Um so dankenswerther ist es, wenn ein Mann, dem die reichste praktische und theoretische Sachkenntniß zur Seite steht, dem auch Niemand Befangenheit in liberalen Doctrinen vorwerfen wird, zur Widerlegung der gegen das herrschende Strafsystem erhobenen Anklagen das Wort ergreift. Es geschieht dies in einer sehr lehrreichen und überzeugenden Schrift des sächsischen Generalstaatsanwalts und freiconservativen Reichstags-Abgeordneten v. Schwarze, „die Freiheitsstrafe“, aus der wir hier einige Gesichtspunkte hervorheben wollen. Herr Mittelstädt erblickt in der Milder des herrschenden Strafsystems eine der Ursachen, weshalb die Verbrechen in neuester Zeit sich gehehrt haben; er beklagt, daß der Schrecken der Strafe und des Strafvollzugs aufgehört habe und hiermit auch die Scheu vor der Verübung von Verbrechen; er geißelt die übertriebene Humanität, die schwächliche Sentimentalität; er will das Abschreckungsprincip in seiner äußersten Consequenz und verpöndet den Verrückten der Strafe. Den Behauptungen Mittelstädt's gegenüber weist nun Schwarze nach, daß es unbegründet ist, daß der Gebanke, durch die Strafe zu bessern, nicht der modernen Civilisation der letzten Jahrhunderte angehöre; er ist viel älter. Es ist ferner unbegründet, daß der Verrücktenzweck jetzt als der ausschließliche maßgebende anerkannt werde; die Zeit, zu welcher diese Ansicht vertreten wurde, ohne jedoch zur unbeschränkten Herrschaft zu gelangen, ist überwunden. Es ist weiter historische Thatsache, daß die Abschreckungstheorie schon in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts von der Praxis als unhaltbar anerkannt worden ist, da die tagtägliche Erfahrung ihre Unbrauchbarkeit nachgewiesen. Gegen die landläufige gewordene Behauptung, daß die Vermehrung der Verbrechen durch die Humanität der neuen Strafgesetzgebung und durch die übermäßige Milde des Strafvollzugs mit herbeigeführt worden sei, erwidert Schwarze: daß mit der Einführung des deutschen Gesetzbuches in den meisten deutschen Staaten eine Verschärfung der Strafen eingetreten ist, und daß noch Niemand auch nur eine bestimmte Modalität des gegenwärtigen Strafvollzugs anzugeben vermocht hat, in welcher sich eine übermäßige oder überhaupt ungerechtfertigte Milde kundgibt. Als Heilmittel für seine Beschwernis schlägt Mittelstädt weder eine Vermehrung der mit der Todesstrafe bedrohten Verbrechen, noch eine Verlängerung der Freiheitsstrafen vor, sondern die intensivste Steigerung der Arbeit in der Strafanstalt, die Anwendung der Prügelstrafe bei bestimmten Vergehen, die von besonderer Rohheit und Niederträchtigkeit des Thäters Zeugniß geben, die Anwendung von Hungerstrafen in der Strafanstalt, die Erhöhung der Ehrenstrafen und die Vermehrung von Geldstrafen, die Anheftung des Namens des Thäters am Schandpfahl und die Anbahnung der Deportation. Schwarze weist dem gegenüber im Einzelnen nach, daß diese Vorschläge, selbst wenn man ihnen unbedingt beipflichten wollte, durchaus nichts an dem System des Strafvollzugs, wie er gegenwärtig üblich und herkömmlich ist, ändern würden, oder thatschlich unmöglich auszuführen sind. Die Scheu vor der Strafe und der Strafanstalt, sagt der Verfasser, hat sich allerdings aber deshalb verringert, weil die Scheu vor dem Verbrechen und die Furcht vor der Schande des Verbrechens sich gemindert hat. Die Zahl der Verbrechen wird weder durch das Strafurtheil, noch durch die Strafvolziehung erheblich vermindert werden. In den seltensten Fällen nimmt der Thäter an, daß er entsetzt und zur Strafe werde gezogen werden; — Ausnahmen kommen vor, sind jedoch in jeder Beziehung nicht erheblich. Die Vermehrung der Criminalität wird durch Ursachen, die auf anderen Gebieten als auf dem des Strafrechts und des Strafvollzugs liegen, herbeigeführt. Als die schwersten Strafen in Deutschland bestanden und der Strafvollzug in der härtesten Weise erfolgte, als der Scharfrichter mit allen möglichen Todesstrafen, mit Pranger und Brandmarken, mit Auspeitschung tagtäglich die Strafurtheile vollzog, wurden die schwersten Verbrechen so häufig und in so entsetzlicher Weise begangen, daß die damaligen Berichte in den bittersten Klagen über die überhandnehmende Criminalität sich ergingen und die damaligen Criminalgerichte durch hunderte von Todesurtheilen die

Reigende Verwilderung der öffentlichen Moral zu bannen nicht vermochten. Sind denn alle diese Erfahrungen, die bis in dieses Jahrhundert hineinreichen, keine beachtlichen Zeugnisse in unserer Frage? Der Strafbollwerk bedarf allerdings einer Reform, aber nicht in der von Dr. Mittelstadt vertretenen Richtung und mit den von ihm vorgeschlagenen Mitteln. Er bedarf der Reform, um die Nachteile abzumenden, die gegenwärtig für das Gemeinwesen aus der Gemeinschaft der Verbrecher in der Strafanstalt, wie andererseits aus der Erziehung des Wiederertritts des Verstrasteten in die bürgerliche Gesellschaft entstehen, und die in der sich steigenden Zahl der Rückfälle ihren handgreiflichen Ausdruck finden. In diesen beiden Punkten muß die Reform begonnen werden. In der Begründung dieser Behauptungen können wir dem Verfasser hier nicht im Einzelnen folgen, es muß auf das Studium der kleinen, an die gebildeten Laien gerichteten Schrift verwiesen werden. Nur das Wort, mit welchem der Verfasser dem landläufigen Pessimismus über unsere sittlichen Zustände gegenüber tritt, sei hier noch hervorgehoben: „Der Kern des Böses ist gut geblieben; er ist angekränkt, aber der aufmerksame Beobachter kann nicht zweifeln, daß der Boden empfänglich geblieben ist, um auf ihm zu bauen und in ihm die Elemente der Besserung zu finden. Und selbst in den Klassen des Volkes, aus denen die meisten Verbrecher hervorgehen, in den ärmeren Schichten des Volkes finden wir oft eine tüchtige sittliche Kraft, welche, ergeben in die Nothwendigkeit von Entbehrungen aller Art in den jetzigen Erwerbs-Verhältnissen, immer noch festhält an dem Glauben an Gott, wie an Treue und Ehrfurcht für die Gebote des Rechts, der Sitte und der Ehre.“

De sterreich.

[Zur Reichsfinanzminister-Krise.] Dem „Neuen Wiener Abendblatt“ wird hierüber aus Pest, 9. März, Folgendes mitgeteilt: Die Nachricht, daß der gemeinsame Finanzminister, Baron Hofmann, von seinem Posten zurücktreten wird, um einem Ungarn Platz zu machen, bestätigt sich. Ein neues Ministerium der Finanzen wird von Tisza's ist zu verzeichnen. Die Kunst, die Gewandtheit, der Scharfsinn und der Reichtum an Auskunftsmitteln, die Herr von Tisza in der Vertheidigung und Bekämpfung seiner Stellung entwickelt, sind wahrhaft erstaunlich. Die bedeutendste Gefahr, die ihm und seinem Regimente drohte, entstand für ihn aus dem Wiederertritt Koloman Szell's ins öffentliche Leben. Einen Gegner von solcher Qualität und von solcher Begabung konnte Herr von Tisza auf die Dauer nicht vertragen. In wie fern dieser Umstand mit der Krise, von der die Stellung des Herrn Baron Hofmann nunmehr bedroht ist, im Zusammenhange steht, das ergibt sich aus den folgenden, in den Pest'schen Kreisen umlaufenden Mittheilungen.

Schon in den Septembertagen des Jahres 1879, als Graf Andrassy das Ministerium des Aeußeren befiel und die Geschäfte dem Herrn Baron Haymerle übergab, wurde in Pest der Gedanke laut, daß nunmehr, nachdem ein Ungar von der ersten Stelle im gemeinsamen Ministerium scheiden müßte und für das Kriegsministerium keine geeignete ungarische Persönlichkeit momentan vorhanden sei, das gemeinsame Finanzministerium einem Ungarn übertragen werden sollte, um einerseits dem Gebrauche zu entsprechen und um andererseits im gemeinsamen Ministerium einen directen Vertreter ungarischer Interessen zu haben. Ein solcher war in der That in der aus den Herren Haymerle, Dylant und Hofmann bestehenden gemeinsamen Regierung nicht vorhanden; alle drei gehörten durch ihre Geburt Oesterreich an. Nun hatte Graf Andrassy selbst Herrn von Haymerle zum Minister des Aeußeren vorgeschlagen, für den Posten des Kriegsministers war in Ungarn wirklich keine geeignete Persönlichkeit aufzufinden und so blieb nur der Posten des Herrn von Hofmann, der durch einen Ungarn besetzt werden konnte.

Mein, so lebhaft schon in den Monaten September und October der Wunsch in Ungarn war, einen nationalen Politiker in das gemeinsame Ministerium eintreten zu lassen, so bestand damals doch eine eigenthümliche Schwierigkeit, die sich der Erfüllung dieses Wunsches entgegenstellte. Es wollte nämlich zu jener Zeit keine irgendwie namhafte Persönlichkeit nach dem Portefeuille des Herrn von Hofmann greifen. Der gemeinsame Finanzminister führte zu jener Zeit die Verwaltung Bosniens, er war der Chef dieser Verwaltung, ohne eigentlich gefehlt dazu berechtigt zu sein. Es fehlte die gesetzliche Grundlage dazu und ein solches Bedenken nimmt kein Ungar leicht. Dazu kamen noch die ungünstigen Vorstellungen, die zu jener Zeit über die Finanzlage der occupirten Länder herrschten. Man fürchtete, daß die Civil-Administration Bosniens und der Herzegowina sehr große Deficite bringen werde und daß die Nothwendigkeit für den gemeinsamen Finanzminister sich werde ergeben müssen, mit starken Nachtragsereiditen vor die Delegationen zu treten, um das Rückwerk der bosnischen Verwaltung in Ordnung zu erhalten. Einer solchen Eventualität aber wollte sich von den politischen Persönlichkeiten Ungarns, die auf den Posten eines gemeinsamen Finanzministers Anspruch erheben könnten, keine aussetzen.

Diese Dinge haben nun mittlerweile eine wesentliche Wendung erfahren. Vor Allem wurde durch das in den Parlamenten von Pest und Wien vorgetragene bosnische Gesetz jene legale Grundlage für die Verwaltung der occupirten Länder durch den Reichsfinanzminister geschaffen, deren sie bis dahin entbehrt hatte und dieses eine Bedenken war somit entfallen. Und andererseits zeigte der Rechnungsabluß der bosnischen Verwaltung, der vor wenigen Wochen fertig gestellt wurde, die überraschende Thatsache, daß nicht nur kein Deficit vorhanden ist, sondern daß sogar ein, wenn auch nicht großer Ueberschuß sich ergeben hat und daß in Folge davon keine Nothwendigkeit vorliegt, einen Nachtragsereidit für 1879 für die Civilverwaltung Bosniens und der Herzegowina zu verlangen. Dieses günstige und überraschende Resultat brachte die ungarischen Wünsche bezüglich der Besetzung des Postens des Reichsfinanzministers durch einen Ungarn wieder an die Oberfläche. Jetzt war kaum mehr eine Gefahr vorhanden, nachdem sowohl die gesetzliche Basis für die Verwaltung der occupirten Länder durch den gemeinsamen Finanzminister hergestellt als auch die Besorgnis geschwunden war, daß dieser letztere mit schweren finanziellen Verlegenheiten werde kämpfen und unangenehme Creditanforderungen an die Delegationen werde stellen müssen.

Herr von Tisza begann seine Action damit, daß er die Nothwendigkeit betonte, nunmehr, da Bosnien activ sei, Vorsorge dafür zu treffen, daß aus den bosnischen Einkünften allmählich die Kosten der Occupation hereingebracht werden. Dann kam ein zweites. Es wurde gegen die Verwaltung des Herrn v. Hofmann der Vorwurf erhoben, dieselbe begünstige „großkroatische Tendenzen“, indem beispielsweise an die Verwaltungsbeamten in Bosnien und der Herzegowina die Forderung der Kenntniß der kroatischen Sprache gestellt wird. Gegen den in Bosnien in Verwendung befindlichen Beamtenkörper wurden außerdem noch anderlei andere Vorwürfe erhoben und die Dringlichkeit einer Purification desselben betont. In dem Augenblicke aber, in welchem die Möglichkeit sich ergab, daß die Verwaltung Bosniens ohne Zuschüsse werde auskommen, ja am Ende noch Ueberschüsse werde liefern können, mußte in Ungarn das Streben sich geltend machen, die occupirten Länder ganz an die Länder der Stefanskronen anzuschließen. Das sind die objectiven Beweggründe, welche in Pest für die Besetzung des Reichsfinanzministeriums durch einen Ungarn geltend gemacht werden.

Dazu traten nun auch und in sehr bestimmender Art persönliche Motive. Koloman Szell war wieder und zwar als Oppositionsmann auf dem Schauplatz erschienen. Herr v. Tisza gedachte anfänglich, Herrn v. Szell durch die Uebertragung des ungarischen Finanzportefeuilles für sich zu gewinnen. Die betreffenden Verhandlungen schienen aber zu keinem Resultate geführt zu haben. Wäre das der Fall gewesen, dann hätte Graf Szapary, wie vordem Lonyay, das gemeinsame Finanzministerium erhalten. Jetzt liegen die Dinge so, daß daran gearbeitet wird, Herrn v. Szell nach Wien an die Stelle des Herrn v. Hofmann zu bringen. Damit wäre nicht bloß der Wunsch der Ungarn, durch einen der Ihrigen, und zwar durch einen tüchtigen und kenntnißreichen Mann, ihre Interessen im gemeinsamen Ministerium vertreten zu sehen, erfüllt; es würde auch ein Oppositionsmann, der Herrn v. Tisza sehr gefährlich zu werden droht, wieder in die Regierung eingeführt und patriotische Erwägungen müßten, so glaubt man in Pest, Koloman Szell bestimmen, das Amt in Wien zu übernehmen, um so wohl in den occupirten Ländern den ungarischen Einfluß maßgebend zu machen, als auch um im gemeinsamen Ministerium die ungarischen Interessen entschieden und wirksam zu vertreten.

Die jüngste Reise des Grafen Andrassy nach Wien scheint im Zusammenhange mit diesen Dingen zu stehen. Es handelt sich da um die Wieder-aufnahme des ungarischen Einflusses und um die Erhaltung des Ministeriums Tisza, zwei Momente, auf die Graf Andrassy gewiß großen Werth legt. Baron Hofmann hat in der schwierigen Zeit des Ueberganges seine Dienste geleistet, es spricht also nichts mehr dafür, ihn länger auf seinem Posten zu erhalten. In Wien wird man von der eingetretenen Krise überrascht sein; die Angelegenheit wurde in der That in aller Stille und mit großer Vorsicht geführt. Nun, nachdem sie in Pest an die Öffentlichkeit gebracht worden ist, kann die Entscheidung nicht mehr lange auf sich warten lassen. In Ungarn ist man überzeugt, daß sie den ungarischen Wünschen und dem Verlangen des Herrn von Tisza entsprechend ausfallen und daß Herr von Szell wirklich noch vor Ablauf dieses Monats das gemeinsame Finanzministerium in Wien übernehmen werde.

Frankreich.

Paris, 8. März. [Senatorenwahlen in der Dordogne. — Senatsitzung. — Niederlage Ferry's. — Zur Hartmann'schen Angelegenheit. — Ankunft der Amnestirten. — General Gallifet. — Aus Algier. — Montigny. — Kaiserin Eugenie.] Im Departement der Dordogne sind gestern zwei Senatoren zum Ersatz für Magne und Paul Duprat gewählt worden. Wie gemeldet, hatten die verschiedenen Parteien fünf Candidaten aufgestellt: Die Reactionäre drei, nämlich die Bonapartisten de Fourtoun und de Vosredon und Gibiat, der auch für einen Bonapartisten gelten darf, da er sogar von dem „Pays“ unterstützt wurde; die Republikaner zwei, nämlich die Deputirten Garrigat und Chavoir. Interessant war dabei, daß sich de Fourtoun, „der Mann aller Reactionen“ diesmal speciell als Anhänger der imperialistischen Sache gerbete. Es war dies allerdings geboten, denn die Dordogne ist eines der wenigen Departements, die noch den Glauben an das Kaiserreich bewahrt haben. Dieser Glaube ist jedoch auch dort schon stark erschüttert, wie die gestrige Abstimmung beweist. Denn während bei der Senatswahl am 20. Januar 1876 die republikanischen Candidaten nur 200 Stimmen (von 682 Wählenden) aufbrachten, haben sie diesmal über 300 Stimmen. Garrigat erhielt deren 307 und Chavoir 288. Das reichte freilich nicht hin, ihnen den Sieg zu verschaffen. De Fourtoun wurde gewählt mit 362 und de Vosredon mit 367 Stimmen, der letztere jedoch erst beim zweiten Wahlgange. Gibiat erhielt nur 70 Stimmen. Der Senat wird also künftig die beiden hervorragendsten Persönlichkeiten des 16. Mai, de Broglie und de Fourtoun, unter seine Mitglieder zählen. Bemerkenswerth ist, daß die bonapartistischen Blätter von Paris von dem Siege ihrer Partei wenig Aufhebens machen. Das „Pays“ spricht gar nicht davon und die „Gazette“ erklärt bescheiden den Erfolg de Fourtoun's nicht durch seine Parteinahme für das Kaiserreich, sondern durch den persönlichen Einfluß, den er in der Dordogne besitze. Der einsige Mitarbeiter de Broglie's scheint also seinen neuen Bundesgenossen doch ein wenig verdächtig zu sein. — Heute concentrirt sich alle Aufmerksamkeit der politischen Welt auf die Verhandlung im Senat. Obgleich die Deputirtenkammer Sitzung hält, haben sich die Deputirten in Masse nach dem Luxemburg begeben, und im Palais Bourbon geht es sehr still zu. Die Zuschauer-Tribünen des Senats waren schon zu früher Stunde dicht gefüllt. In der Diplomatenloge befand sich auch diesmal neben mehreren anderen Diplomaten Fürst Hohenlohe, einer der fleißigsten Besucher der parlamentarischen Sitzungen. Jules Simon eröffnete die Discussion mit der Fortsetzung seiner am Sonnabend begonnenen Rede. Man glaubt bis zur Stunde nicht, daß das Votum heute erfolgen werde, denn, wie es heißt, wird der Conseilpräsident de Freycinet auf Jules Simon's Rede antworten, und sein Auftreten wird eine Replik Dufaure's herbeiführen. In den Staats-Coullissen erzählt man, daß mehrere der Dissidenten vom linken Centrum ihre Absicht ausgesprochen haben, für den Artikel 7 zu stimmen, wenn die Regierung einwilligt, das Unterrichtsverbot bloß auf die Jesuiten, nicht aber auf die anderen Religions-Genossenschaften anzuwenden. Es sollen sogar in dieser Beziehung dem Ministerium bestimmte Vorschläge gemacht worden sein, jedoch ohne jeden Erfolg. Die Regierung hält an ihrer ursprünglichen Gesetvorlage fest. — Man ist jetzt in den officiellen Kreisen vollständig beruhigt über die Ausnahme, welche der Beschluß, Hartmann nicht auszuliefern, bei den anderen europäischen Cabineten gefunden hat. Im Ministerium des Auswärtigen ist von allen Seiten die Zusicherung eingetroffen, daß die Haltung der französischen Regierung in dieser Angelegenheit durchaus gebilligt wird, wie sie ja auch den Beifall der auswärtigen Presse, soweit deren Urtheile uns bis jetzt bekannt sind, gefunden hat. Nur die reactionären Blätter von Paris selber sind nicht damit einverstanden, daß der Republik keine Unannehmlichkeit aus der Hartmann'schen Affaire erwachsen soll, sie haben sich daher beeilt, das Gerücht zu verbreiten, der russische Botschafter, Fürst Drloff, werde von Paris abberufen werden. Eine anscheinende Bestätigung fand dieses Gerücht in dem Umstande, daß Fürst Drloff in der That in den nächsten Tagen nach St. Petersburg reisen wird. Aber was die erwähnten Journale wohlweislich nicht sagten, war, daß diese Reise schon gegen Ende des Monats Februar beabsichtigt war, daß sie bloß durch die Dazwischentunft der Auslieferungsfrage verschoben worden ist und daß die Abwesenheit des russischen Botschafters nur wenige Tage dauern wird. Vor seiner Abreise wird Fürst Drloff dem Präsidenten Grövy einen Besuch machen. Die radicale Presse sucht andererseits aus dem Vorfalle Capital zu schlagen, indem sie mit gesteigerter Heftigkeit die Entfernung Andrieux' aus der Polizeipräfectur verlangt und zugleich die Entfernung Macé's, des Chefs der Sicherheitspolizei, welcher die Verhaftung Hartmann's bewirkt hatte. Macé, welcher auch in der Vertheidigungsschrift des Advocaten Engelhard scharf angegriffen wurde, hat wirklich seine Entlassung angebeten, dieselbe ist aber vom Polizeipräsidenten nicht angenommen worden. In einem Briefe an Engelhard, zu dessen Veröffentlichung Andrieux seine Zustimmung gegeben, verwahrt sich Macé gegen die Beschuldigung, daß er durch gewaltsame und unehrliche Mittel von Hartmann's Gefandnisse zu expressen versucht habe. — Es heißt, daß noch andere Ruffen, von denen man glaubt, daß sie mit den Nihilisten in Verbindung stehen, aus Frankreich ausgewiesen werden sollen. — Fürst Drloff dürfte seine Anwesenheit in St. Petersburg dazu benutzen, auf die Abschließung eines Auslieferungs-Vertrages zwischen Frankreich und Rußland hinzuwirken. — Die Ankunft der Amnestirten, welche gestern in der Frühe erfolgte, hat zu mancherlei rührenden Scenen Anlaß gegeben. Auch diesmal wartete eine große Menschenmenge die Nacht hindurch auf die Ankunft des Zuges, aber es fielen keine Störungen vor und die Vertheilung kleiner Geldunterstützungen, sowie die Verabreichung durch ein Comité, an dessen Spitze Louis Blanc stand. — Der „Avenir militaire“ zeigt an, daß der Baron Almayard frantzeitshalber sein Commando in Paris an den General Gallifet abgeben werde. Die „Justice“ Clémenceau's erhebt sich heute mit der größten Erbitterung gegen eine solche Ernennung, da Gallifet sich beim Feldzug in Mexico und mehr noch bei der Einnahme von Paris im Mai 1871 der größten Grausamkeiten schuldig gemacht habe. — Der General-Secretär von Algerien, der ehemalige Deputirte Journault, hat in Folge von Zwistigkeiten mit dem Gouverneur A. Grövy seine Entlassung gegeben, die auch bereits angenommen wurde. — Rouher und seine Frau reisen morgen nach Giselhurst ab, um sich von der Kaiserin zu verabschieden. Die Kaiserin wird am 26. März ihre Pilgerfahrt nach dem Zuluslande antreten. Sie wird daselbst alle Orte besuchen, an welchen ihr Sohn verweilt hat. — Heute ist der langjährige Director des Gymnase-Theaters, Montigny, unter großer Theilnahme der literarischen und künstlerischen Welt zu Grabe gebracht worden. A. Dumas hielt eine Rede an der Gruft. Montigny, der eine kurze Zeit selbst Schauspieler gewesen, wie er denn vor 50 Jahren bei der ersten Aufführung von „Hernani“

in einer untergeordneten Rolle mitwirkte, genoss als Theater-Director eines außerordentlichen Rufes. Er war unübertroffen in der schwierigen Kunst der Inszenirung und seine Meinung galt stets als Autorität. A. Dumas verdankt ihm viel von seinem Erfolge, denn Montigny setzte die ersten Stücke des jungen Meisters unübertrefflich in Scene. Montigny's letzte Lebensjahre wurden durch den Verlust seiner Frau, der genialen Rose Chéri und seines Sohnes, der dem Bisse eines wüthenden Hundes erlag, verbittert.

Rußland.

Petersburg, 7. März. [Die Affaire Hartmann. — Die Mystification der Polizei hinsichtlich Vera Sassulitsch's Verhaftung. — Das Verbrechen Mladetzki's.] Der „Köln. Zig.“ schreibt man von hier: Das Frankreich, dem von hier aus so viele zärtliche Blicke zu geworfen und dem man gewiß auch die größten Liebesdienste erwiesen haben würde, jetzt mit der Auslieferung Hartmann's so große Umstände macht, beginnt in beiden Hauptstädten des Reichs eine tiefe Verstimmung zu erzeugen. Von keinem andern Lande hätte man diese Ungefälligkeit so übel empfunden. In Petersburg ist man wüthend auf den allerschwachen Janatier Victor Hugo und die Radicalen; die russische „Moskauer Zeitung“ sagt in betreff der Auslieferungsfrage: „Was stellt die russische „Revolutionspartei“ dar und kraft welcher Gründe hat sie in ihren Missethaten und verbrecherischen Handlungen Anspruch auf ein neutrales Verhalten der auswärtigen Staaten zu erheben? In nichts als in einer Reihe Mordthaten und verbrecherischen Freveln, die in der Geschichte ihres gleichen nicht haben, hat sich die „politische Thätigkeit“ der Bande geäußert, deren Mitglieder sich die russischen Revolutionäre nennen. Wenn man denselben das Recht zugebilligt, sich eine politische Partei zu nennen, so ist kein Grund vorhanden, dasselbe Recht den „Bürgern“ in Indien abzubrechen, denen ein Dogma ihrer Religion Mordthaten vorschreibt.“ Der Rector der Moskauer Universität, Herr Tichonowoff, theilt in einem Briefe an die „Russkaja Wedomosti“ mit, daß Hartmann niemals Student der Universität Moskau gewesen sei, wie das aus den Papieren der Universität ersichtlich. Auch als Zuhörer hat Hartmann die Vorlesungen nicht besucht und deshalb auch kein Zeugnis erhalten können, wie dies verschiedene Blätter wissen wollten. — An Stelle der Vera Sassulitsch hatte man eine unschuldige Schweizer Witwe verhaftet, die der Sassulitsch gleichen soll und einen allerdings etwas fremdartig klingenden Namen führt. Die Dame ist indessen wieder in Freiheit. Die Nachricht über die Ankunft der Sassulitsch war der dritten Abtheilung anonym zugegangen und es ist wohl möglich, daß sie darauf berechnet war, dem Spürreißer der Polizei eine falsche Richtung zu geben. Gestern Nachmittag um 1 Uhr etwa, wurde in dem Hospital auf der Nadeschdinskaja der Arzt Dr. Ulrich während der Stunde, die er den Hebammen-Aspirantinnen erteilte, von Gendarmen verhaftet. Es waren bei dieser Scene über 100 Zuhörerinnen anwesend. Warum Dr. Ulrich mitten in seinem Vortrage von der Polizei aufgehoben wurde, weiß noch Niemand; es ist aber kein gutes Zeichen für ihn, daß man die Verhaftung so auffällig durchgeführt hat. Die hiesige russische „Petersburger Zeitung“ erzählt, am Tage des Attentats auf Boris-Melissoff seien noch drei andere junge Leute als Revolutionäre verhaftet worden, die am andern Ufer der Wolga standen und das Unternehmen Mladetzki beobachteten. Als sie gewahrten, daß dasselbe mißlungen, gingen sie rasch fort, gegen die Offiziersstraße hin. Einer von ihnen flüchte laut über das nicht gelungene Verbrechen. Ein Polizist war ihnen unbemerkt gefolgt und hörte dies, so seine Pfeife, pfeif und alle drei wurden ergriffen und abgeführt. — Ueber die Persönlichkeit des gestern hingerichteten Attentäters Mladetzki giebt die russische „Petersb. Zig.“ noch einige Nachrichten. Mladetzki war durch die Lectüre verbotener Bücher auf socialistische Ideen gekommen und bemühte sich seit 1875, diesen in der Mitte der Bauern des weissen Gebiets Verbreitung zu schaffen. Gegen Ende des Jahres 1879 trat er zur griechisch-orthodoxen Kirche über, um sich den ungehinderten Aufenthalt in der Residenz zu erleichtern. Dieser währte übrigens nicht lange. Schon Anfang Januar d. J. wurde er ausgewiesen und unter polizeilicher Aufsicht nach Minsk geschickt. Dort erhielt er mit Genehmigung des Gouverneurs schriftliche Beschäftigung in der Polizeiverwaltung. Als er dann, wie schon gemeldet, einem Dienstgenossen einen Revolver entwandt hatte, entwich er nach Petersburg, um sich an den Unruhen zu betheiligen, die, wie er glaubte, am 19. Februar unbedingt bevorstünden. So wie er von der Ernennung des Grafen Boris-Melissoff Kunde erhielt, faßte er den Entschluß, denselben zu ermorden, und freite zwei Tage, am 19. und 20. Februar, in der Nähe der Anfuhr des Karamaischen Hauses hin und her. Legitimationspapiere wurden in seinem Versteck nicht gefunden, daher sein Alter auch nicht genau festgestellt werden konnte. Nach seiner Aussage zählte er erst 24 Jahre.

[Ein Statut der Nihilisten.] Zur Geschichte des russischen Nihilismus veröffentlicht der „Reichsbote“ das von dem eigentlichen Schöpfer und Gründer der geheimen nihilistischen Organisation in Rußland, von dem berüchtigten Anarchisten Bakunin, entworfenen geheime Statut der Nihilisten. Dasselbe lautet:

- „Organisation der Allianz der Internationalen Brüder.
Drei Grade.
- 1) Internationale Brüder,
 - 2) Die nationalen Brüder,
 - 3) Die halb geheime, halb officiële Organisation der Internationalen Allianz der socialistischen Demokratie.
- 1) Reglement der Internationalen Brüder.
- 1) Die internationalen Brüder haben kein anderes Vaterland als die allgemeine Revolution, kein anderes Ausland und keinen anderen Feind als die Reaction.
 - 2) Sie verwerfen jede Versöhnungs- und Compromiß-Politik und halten jede politische Bewegung für reactionär, die nicht den Triumph ihrer Principien um unmittelbaren und directen Zweck hat.
 - 3) Sie sind Brüder — sie greifen sie einander an, noch machen sie ihre Streitigkeiten vor der Öffentlichkeit oder den Gerichten aus. Ehren-Zorn, Gemüth von beiden Parteien aus der Zahl der Brüder — das ist ihre einzige Gerichtsbarkeit.
 - 4) Jeder von ihnen muß allen Anderen heilig sein, heiliger als ein natürlicher Bruder. Jeder Bruder hat auf die Hilfe und den Beistand aller Anderen bis auf die Auslöschung der Möglichkeit zu rechnen.
 - 5) Internationaler Bruder kann nur werden, wer offen das ganze Programm in allen seinen theoretischen und praktischen Konsequenzen angenommen hat und außer der gehörigen Intelligenz, Energie, Ehrenhaftigkeit und Zuverlässigkeit auch noch die revolutionäre Leidenschaft besitzt — den Teufel im Leibe hat. Wir legen weder Pflichten noch Opfer auf. Denn wer jene Leidenschaft besitzt, wird Vieles vollbringen, ohne sich nur einzubilden, daß er Opfer bringt.
 - 6) Es darf für einen Bruder keine ernsteren und heiligeren Angelegenheiten, Interessen und Pflichten geben, als den Dienst der Revolution und unserer ihrem Dienste bestimmten geheimen Association.
 - 7) Ein Bruder hat stets das Recht, die Dienste zu verweigern, welche das Central-Comité oder sein National-Comité von ihm fordert — doch werden viele aufeinander folgende Weigerungen geeignet sein, ihn als trüg oder böswillig betrachten zu lassen; er kann durch sein Nationalcomité suspendirt und auf Vorstellung des letzteren durch das Centralcomité bis zur definitiven Entscheidung der Constituanten in Ruhestand versetzt werden.
 - 8) Kein Bruder darf ein öffentliches Amt annehmen ohne Zustimmung des Comites, dem er angehört. — Er darf sich an keiner öffentlichen Handlung oder Kundgebung betheiligen, die der von seinem Comité gezeugenen Richtung feindlich oder selbst nur fremd ist, oder bei der er letzteres nicht zu Rathe gezogen hat. So oft zwei oder mehrere Brüder beisammen sind, haben sie sich über alle wichtigen öffentlichen Angelegenheiten zu berathen.
 - 9) Alle internationalen Brüder kennen einander. Kein politisches Geheimnis darf je unter ihnen existiren. Niemand kann irgend einer geheimen Gesellschaft angehören ohne positive Zustimmung seines Comites oder im Nothfall, wenn dieses es verlangt, ohne die des Centralcomites; und er kann ihr nur unter der Bedingung angehören, daß er diesen Comites alle Geheimnisse aufdeckt, welche sie direct oder indirect interessieren könnten.“
- Dies der erste Paragraphen aus den Statuten. Mitglied des ersten Grades kann nur derjenige werden, welcher sich durch eine politische That in hervorragender Weise ausgezeichnet hat. Durch die Mitglieder dieses ersten Grades wird das leitende Central-Comité bezeug. Executiv-Comité gewählt. Um sich vor Verrath zu schützen, ist seit den Jahren 1877 in Rußland das System der falschen Namensführung eingeführt worden. Jedes neu eingeführte Mitglied wird, nachdem ihm mindestens zwei bewährte Genossen der Section empfohlen haben, unter falschem Namen vorgestelt, er selbst lernt seine Mitverschworenen ebenfalls nur unter den Namen kennen, welche sie als Mitglieder der Section führen. Erst die Zeit macht es ihm möglich, seine Genossen näher kennen zu lernen, nie aber wird es ihm, oder überhaupt aber einem gewöhnlichen Mitgliede möglich sein, mehrere seiner Oberen kennen zu lernen. Dieser Organisation ist es zuzuschreiben, daß eben, wie bekannt, Fälle vorgekommen sind, wo das Gerücht nicht einmal in der Lage gewesen ist, Namen und Stand des Verhafteten zu

erfahren. Andererseits schließt diese Art der Organisation auch vor aus-
gezeichnetem Verrath, da der einschlägige Verrath immer nur wenige
untergeordnete Mitglieder kennt, deren Personenkenntnis wiederum selbst nur
eine beschränkte ist.

Gefetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Breslau, 10. März. [Landgericht — Strafkammer I.] Heute
zum ersten Male der neuernannte Landgerichtsdirector, bisherige Ober-
landesgerichtsrath Dr. Bloch aus Königsberg, die Sitzung der I. Straf-
kammer.
Der schwere Diebstahl im Rückfalle wird der 22 Jahre alte Arbeiter
Carl Wörmann aus Breslau angeklagt. W., aus der Unterhändlerkategorie
angehörig, gesteht ohne alle Umschweife ein, daß er in den Abendstunden
des 18. November v. J. eine Kuchentorte Nr. 46 gelegene, dem Schub-
warenhändler Mar Treitel gehörige Parterrelocalität mittelst Nachschlüssel
geöffnet und daraus Sachen von ziemlich bedeutendem Werthe entwendet
hat. Die Schlüssel will W. im Hofe des betreffenden Grundstücks gefunden
haben. Aus der Vernehmung des als Zeugen geladenen Herrn Treitel er-
geht sich Folgendes: L. verließ am gedachten Abend um 7 1/2 Uhr seine
Wohnung. Bei seiner um 11 1/2 Uhr erfolgten Rückkehr fand er die
nach dem Hausflur führende Thür eingeklinkt, aber unverschlossen. Das
Thürschloß mußte mittelst Dietrichen oder Nachschlüsseln geöffnet wor-
den sein. Ein im Geschäftsräume stehendes Pult war gewaltsam
aufgebrochen, in dem darin befindliche Geldschatulle durch einen falschen
Schlüssel, welcher noch im Schloß steckte, aufgeschlossen worden. Aus
der Schatulle, sowie dem offenstehenden Kleiderschranke fehlten 120
Mark bares Geld, eine Talmi-Uhrkette nebst daran befestigtem 2 1/2-Dollar-
faden, Lebersteine, Rost, Weste, 4 Paar Socken und verschiedene Gegen-
stände von geringerem Werthe. Erst nach Wochen gelang die Ermittlung
des Diebes. Von den gestohlenen Gegenständen ist nichts mehr aufge-
nommen worden. — Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Herr Gerichts-
rath Schulze-Bellinghausen, will dem nur zweimal mit geringen
Vorstrafen belegt gewesenem Angeklagten mit Rücksicht auf sein offenes Ge-
ständnis mildernde Umstände zubilligen, er beantragt deshalb eine Ge-
fängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monate. Der Gerichtshof erkennt dagegen
unter Ausschluß mildernder Umstände auf eine 2jährige Zuchthausstrafe,
Geldverlust und Polizeiaufsicht. — Wer einen Anderen widerrechtlich durch
Gewalt oder durch Verführung mit einem Verbrechen oder Vergehen zu
einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Gefängnis
bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 600 M. bestraft. Der Ver-
stöße ist strafbar. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Im
Sinne dieses Paragraphen des Strafgesetzes soll sich der Fabrik-
arbeiter Adolf Scholz aus Breslau vergangen haben. Der 33
Jahre alte Angeklagte verheiratete sich vor mehreren Jahren mit
der jetzt 27 Jahre alten Vertha Hannig. Der eheliche Frieden
muß, wie man aus der Anklage ersieht, in Folge Eifersucht des
Mannes gestört worden sein. Die Frau entzog sich seinem Gesäße, indem
sie von ihm wegging. Sie bezog eine dem in der Brandenburger Straße
wohnhaften Arbeiter Karl Barisch abgetretene Allogie. Dort erhielt sie
am 2. September 1879 den Besuch ihres Ehemannes. Derselbe verlangte,
wie dies auch schon früher geschehen war, die Herausgabe angeblich in
ihrem Besitze befindlicher Liebesbriefe. Die Briefe sollten von ihr während
der Zeit ihrer mit einem früheren Liebhaber gewechselt worden sein.
Als die Frau dies Ansuchen zurückwies, nahm Scholz eine mit Gift be-
zeichnete Flasche aus der Tasche und drohte, er werde sie durch den Inhalt
zur Erfüllung seiner Forderung zu zwingen wissen. Barisch verbot ihm,
um dem Streit ein Ende zu machen, die Wohnung. Jetzt wendete sich
Sch. gegen diesen. Unter der Weigerung, die Wohnung zu verlassen, ver-
langte Sch. von B. die Herausgabe der Briefe, sonst werde es ihm
schlecht ergehen. B. holte einen Polizeibeamten. Dem Sch. wurde die mit
Gift bezeichnete Flasche abgenommen. Ihr Inhalt war Salzsäure. Sch.
gesteht den Hausfriedensbruch zu, mit dem Gebrauch der Salzsäure
ist es ihm aber nicht ernst gewesen. Es habe ihm nur daran ge-
legen, seine Frau zur Unterwerfung des Briefwechsels und zur Rück-
kehr in ihre gemeinschaftliche Wohnung zu bewegen. Inzwischen sei die
Ausführung mit seiner Ehefrau längst erfolgt, er bitte also, ihn womöglich
mit Strafe zu versehen. Außer dem Arbeiter Barisch und dem Schloß-
schreiber Haupt ist auch die Ehefrau des Angeklagten als Belastungs-
zeugin geladen. Derselbe wird vom Vorsitzenden auf ihr geschehendes Recht
aufmerksam gemacht, ihr Zeugnis verweigern zu dürfen. Frau Sch. erklärt,
von diesem Rechte Gebrauch machen zu wollen. Der Herr Staatsanwalt
findet nicht, daß gegen die Ehefrau eine widerrechtliche Nötigung statt-
gefunden habe; der Ehemann besaß ein Recht, die bezeichneten Briefe zu
verlangen. Die Begründung desselben Vergehens gegenüber dem Barisch
stehe gleichfalls auf sehr schwachen Füßen, doch sei der Hausfriedensbruch
schon durch das Geständnis des Angeklagten erwiesen. Mit Rücksicht auf
eine damalige Erregung erscheine ein niedriges Strafmaß angemessen, er
beantragt 20 M. event. 4 Tage Gefängnis. Der Gerichtshof erkennt den
Sch. nur des Hausfriedensbruchs für schuldig und bemerkt hierfür die
Strafe auf 10 M. event. 2 Tage Gefängnis. Die Anklagen gegen B.
erscheinen nicht als eine Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen.

Handel, Industrie u.

H. [Breslauer Handelskammer.] In der am 10. März unter dem Vorsitz
des Commercienraths F. Friedenthal stattgefundenen IV. (öffentlichen)
Sitzung kamen u. A. folgende Gegenstände zur Verhandlung:
Auf den Antrag der Handelskammer wegen Errichtung eines
Consulats in Kalisch erklärt der Minister für Handel und Gewerbe,
daß dem Antrage zur Zeit nicht näher getreten werden kann.
Betreffend die Zulassung der Frachtarbeit für Getreide und Delfaaten im
Ober-Oder-Verkehr mit dem hiesigen Oderhorthafenhof erwidert
die k. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn, daß zur Zeit mit der
Oder-Ober-Eisenbahn bezüglich der Verhandlungen eingeleitet worden
ist, deren Abschluß nahe bevorstehe. Nach Eingang der demnächst ein-
gehenden Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu der betreffenden Verein-
barung werde der Handelskammer weitere Nachricht zugehen.
Die Kammer nimmt von beiden Mittheilungen Kenntnis.
Das Mitglied der Handelskammer, Kaufmann Verbrand Jäbig, hatte
an der Kammer beantragt: 1) beim Chef des hiesigen Oberlandesgerichts
zu beantragen, daß statt der gegenwärtigen Steuer-Expedition die Gerichts-
kasse in das ehemalige Stadtgerichtsgebäude verlegt und, falls wider Ver-
weigerung dieses nicht genügenden Raumes bieten sollte, eine Kasse in das
frühere Appellationsgerichts-Gebäude und b. eine Kasse in das frühere
Stadtgerichts-Gebäude für das Amtsgericht und die Strafkammern des
Landgerichts gelegt werde; 2) Annahme der durch Postauftrag einzubehal-
tenen Wechsel bis auf 1200 Mark resp. 1000 Mark zu normiren. Kauf-
mann Grunwald als Referent der Verkehrs-Commission berichtet, daß
die Commission in der Sitzung vom 24. Februar beschloß, habe,
den Antrag des Herrn Jäbig behufs Information ad Punkt 1 zu ver-
werfen, ad Punkt 2 aber abzulehnen. Die inzwischen eingegangenen
Informationen haben dargelegt, daß die in den Gerichtsgebäuden zur
Verfügung gestellten Localitäten nicht geeignet gewesen sind. Inerzitate,
welche zum Zweck der Beschaffung geeigneter Localitäten erlassen worden
sind, haben ebenfalls zu keinem Resultat geführt. Infolge dessen hat das
k. Hauptsteueramt die Gerichts-Kassen-Erhebungsstelle im „alten Bad-
hof“ eingerichtet. Herr Grunwald empfiehlt hiernach der Kammer, dem
Antrag des Hrn. Jäbig vorläufig keine weitere Folge zu geben. Nachdem
Herr Jäbig seinen Antrag noch empfohlen hatte, erklärt Herr Eichborn,
daß die Kammer zunächst zu prüfen habe, ob ein Interesse der Kammer
vorliege. Wenn der Herr Vorredner u. a. Argumenten für seinen Antrag
auch des Umstandes erwähnt habe, daß die Kammer in dieser Angelegenheit
den Anwälten der Rechtsanwaltschaft haben werde, so sei zu erwidern, daß wenn
die heutigen Einrichtungen nicht conveniren, es deren Sache sei,
ihre Bedürfnisse Abhilfe zu schaffen. Er habe eigentlich Uebergang zur
Lageordnung vorschlagen wollen, da die Angelegenheit aber bereits der
Commission vorgelegt habe, sehe er davon ab. — Die Versammlung lehnt
auf den ersten Antrag Jäbig mit Majorität ab. Betreff des zweiten
Punktes erwähnt der Referent, Herr Grunwald, daß die Commission die
Ablehnung dieses Antrages einstimmig beschlossen habe. Herr Jäbig mo-
dificirte hierauf seinen Antrag auf Erhöhung der durch Postauftrag einzu-
behaltenen Wechsel bis zur Summe von 1200 Mark oder wenigstens von
1000 Mark. Ueber die Ablehnung seines Antrages seitens der Commission
erklärt Redner keine Verwunderung aus. Er habe das Gutachten mehrerer
Vorbereiter eingelegt und gehört, daß es zur Durchführung seiner
Vorlage lediglich einer Anregung bedürfe. Herr Eichborn bittet auch
um Annahme des Commissions-Votums. Er warnt davor, daß die
Kammer ihren Einfluß auf Spiel setze dadurch, daß sie sich um Dinge
bemühende, die sie nicht hinreichend zu begründen vermag. Man könne es
der Initiative der Behörde überlassen, in dieser Richtung geeignete
Veränderungen — wenn sie sich als notwendig herausstellen — einzutreten

zu lassen. Nicht einmal die Höhe der Summe sei gehörig motivirt, denn
so gut Herr Jäbig heute 1000 M. verlange, so könnten in einem Jahre
Andere kommen, die 1100 M. oder eine andere Summe für notwendig
hielten. Nach den Ausführungen des Herrn Eichborn verzichtet Stadtrath
Bälou auf das Wort. Herr Kopisch kann sich ebenfalls nicht mit diesem
Antrage befassen, er glaubt, daß eine Erhöhung der Summe nur zu
einer Vergrößerung der Mißstände führen würde, welche sich jetzt schon dem
Postauftragsverfahren fühlbar mache. Nachdem Referent Grunwald
in seinem Schlußreferat hervorgehoben, daß Herr Jäbig keine Momente
geltend gemacht habe, welche die Commission zur Aenderung ihrer Meinung
veranlassen könnten, beschloß die Kammer Ablehnung des Antrages 2 des
Herrn Jäbig.
Der Bericht über eine Beschwerde wegen verzögerter Auszahlung von
Nachnahmen seitens hiesiger Bahnverwaltungen wird wegen Abwesenheit
des Referenten von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.
Errichtung eines Privat-Transitlagers für Getreide. Auf
eine begütliche Zuschrift der Handelskammer erwidert die Direction der
Oberschlesischen Eisenbahn, daß die Absicht, auf ihrem Bahnhofe ein Privat-
Transitlager für Getreide, Hülsenfrüchte u. c. zu errichten, keineswegs auf-
gegeben sei; der Antrag auf Bewilligung desselben sei vielmehr beim k. k. n. l.
Hauptsteueramt bereits eingereicht. Falls dem Antrage entsprochen würde,
würde die Direction dem eingelagerten zollpflichtigen Getreide eine lagerrück-
zeit von sieben Tagen zugestehen, während nach Ablauf dieser Frist
eine ermäßigte Lagergebühr erhoben werden soll. Zur Bewilligung einer
längeren zinsfreien Lagerzeit müßten erst Erfahrungen über den Umfang
der Benutzung des Lagers vorliegen, welche die Verlängerung jener Frist
mit Rücksicht auf die Größe der zur Disposition stehenden Räumlichkeiten
unbedenklich erscheinen lassen würden. Sobald das Transitlager eingerichtet
sein werde, würde die in dem Schreiben vom 28. Januar der Handels-
kammer mitgetheilte Maßregel entsprechend geändert werden. — Referent
Mugda empfiehlt Namens der Verkehrs-Commission der Handelskammer
Kenntnisnahme.
Die Kammer nimmt Kenntnis.
Ueber die Mittheilung der Handelskammer zu Halle a. S., betreffend
die Einhebung von Bezirks-Eisenbahnrenten und eines Landes-
Eisenbahnrenten empfiehlt Syndicus Dr. Gras als Referent der Ver-
kehrs-Commission dem Plenum: Der Handelskammer in Halle anzuzeigen,
daß die hiesige Kammer im Allgemeinen mit den jenseitigen Anschauungen
einverstanden sei. Nach den Ausführungen der Halle'schen Handelskammer soll
zur Zeit von allen bezüglichen Eingaben abgesehen und erst, sobald der in
Aussicht stehende Gesetzentwurf an das Abgeordnetenhaus und damit zur
öffentlichen Kenntniß gelangt sein wird, bei dem Abgeordnetenhaus gegen
die zu Bedenken Anlaß gebenden Bestimmungen des Entwurfs vorzulegen
werden. Herr Leopold Schöller empfiehlt die Vorlage nachmals an die
Commission zu verweisen, event. behält er sich vor, selbst bestimmte Anträge
zur Sache zu stellen.
Referent Dr. Gras glaubt, daß die Annahme des Commissions-Antrags
die Wünsche des Herrn Vorredners keineswegs präjudicire. Herr Schöller
zieht hierauf seinen Antrag zurück und knüpft hieran den Wunsch, daß die
Antwort an die Handelskammer zu Halle eine möglichst ausführliche sei
und daß man sich vorbehalte, eine spätere Petition zu unterstützen. Die
Kammer nimmt hierauf den Antrag ihrer Commission an.
Wiederherstellung der Postbehandlungsscheine. Der Vor-
stand des kaufmännischen Vereins übersendet der Kammer Abschrift des Be-
scheides, der ihm von der k. k. Oberpostdirection hierüber auf seine Eingabe
wegen Wiederherstellung der Postbehandlungsscheine zugegangen ist. —
Dem Bescheide ist zu entnehmen, daß der bezügliche Antrag zwar zur
Kenntniß des k. k. Generalpostamts gebracht, indessen von einer Ver-
sicherung Abstand genommen worden ist, weil die als notwendig be-
zeichnete Einrichtung für den Betrieb der Postanstalten die erheblichsten
Schwierigkeiten zur Folge haben würde. Der Referent der Verkehrs-Com-
mission, Dr. Gras, empfiehlt, zur Zeit weitere Schritte nicht zu thun, da
es nicht wahrscheinlich sei, daß man mit einem bezüglichen Antrage gegen-
wärtig reüssiren könnte.
Die Kammer beschließt demgemäß.
Eisenbahn-Conferenz. Die k. k. Direction der Niederschlesischen
Märkischen Eisenbahn benachrichtigt die Kammer, daß die nächste Conferenz
mit Delegirten der in ihrem Bahnbereich domicilirenden wirtschaftlichen
Corporationen am 5. April c. stattfinden werde und daß der Präsidiums-
termin für Einbringung von Anträgen auf den 7. März festgesetzt worden
sei. Die von der hiesigen Handelskammer gestellten Anträge lauten unge-
fähr: 1) k. k. Direction solle competenten Orts bekräftigen, daß für
den Fall von Tarifserhöhungen der Wagenladungsklassen die gesetzlich be-
stehende Publikationsfrist von 6 Wochen auf 3 Monate verlängert und
diese Frist von dem Tage an gerechnet werde, wo die speziellen Tariffsätze
dem Publikum zugänglich geworden sind; 2) wird beantragt, bei Constitu-
tion von Ausschüssen seitens der Conferenzen nicht Personen, sondern
Plätze zu wählen; 3) k. k. Direction solle den Herrn Arbeitsminister
ersuchen, auch fernere zu gestatten, daß nicht bloß für Kohlen, sondern ebenso
für alle anderen Frachten unter Innehaltung entsprechender Normativ-
bestimmungen Frachterhöhte seitens der Bahnverwaltungen gewährt werden.
Bezüglich des ersten dieser Anträge hält Stadtrath Schierer für er-
forderlich, daß der Zeitpunkt, von wo ab der Specialtarif thatsächlich den
Interessenten zugänglich sei, amtlich festgestellt werde. Der Referent, Herr
Kopisch, glaubt, daß dem Wunsche des Herrn Schierer in dem Antrage
der Commission bereits entsprochen sei. Die Anträge werden von der
Kammer gebilligt. Herr Kopisch bemerkt nachträglich, daß zu den Con-
ferenzen der Niederschles.-Märkischen Eisenbahn die Herren Grunwald und
event. Dr. Gras deputirt sind.
Aus dem Bescheide des Justizministers auf den Antrag, betreffend die
Abweisung des Antrages auf Concurs-Eröffnung wegen un-
genügender Masse ist Folgendes zu registriren: Die Vorchrift des § 99
der Reichs-Concurs-Ordnung entspricht den Bestimmungen der §§ 306 Abschn. 1
und 339 Abschn. 1 der preussischen Concurs-Ordnung von 1855. Sie ist
aus der letzteren in die erstere keineswegs aus dem in dem gefälligen
Schreiben (der hiesigen Handelskammer) vorausgesetzten Grunde übernommen
worden,
weil der Gesetzgeber bei der Festsetzung der Bestimmungen offenbar haupt-
sächlich das Interesse des Justizsystems im Auge gehabt hat,
sondern vorzugsweise im Hinblick auf das Interesse der Gläubiger des Ge-
meinschuldners, und zwar, wie die Motive zu dem dem Reichstage vor-
gelegten Entwurfe sich ausdrücken,
weil die Zulassung des Concurses über eine Vermögensmasse, welche
vorausichtlich durch die Kosten des Verfahrens aufgezehrt werde, Nie-
mandem zum Vortheile gereichen könne und als eine ungerechte Härte
gegen die Concursgläubiger erscheine, welchen die Concurs-Eröffnung
nach § 11 jede Execution gegen den Gemeinschuldner abschneide.
Die Bestimmung sei nach des Ministers Erfahrung als eine Wohlthat
für alle Beteiligten angesehen worden. Da die Bestimmung die Veräuß-
erung der Anfechtungsrechte nicht ausschließe, glaube der Minister nach
Beseitigung des Mißverständnisses, daß sie hauptsächlich ein fiscalisches
Interesse verfolge, sich des Einverständnisses der Handelskammer versichert
zu halten, wenn er davon Abstand nehme, diese Veräußerung den Amts-
gerichten noch besonders zu empfehlen.
Der Referent, Commerzienrath Molinari hält dafür, daß die seiner
Zeit an den Herrn Justizminister gerichtete Petition nochmals von der
Commission berathen werde und event. die wesentlichen Gründe, welche für
den Antrag geltend gemacht worden seien, in der Antwort an den Minister
nochmals schärfer zu präcisiren. Auch Syndicus Dr. Gras ist der Meinung,
daß die Antwort des Ministers auf wesentliche Gründe, welche die Handels-
kammer für ihren Antrag angeführt, nicht eingehe. In dem Schreiben der
Kammer seien jene Gründe klar und deutlich hervorgehoben worden. Im Uebri-
gen glaube er nicht, daß ein Zurückweisen der Vorlage an die Commission irgend ein
anderes Resultat ergeben werde, als das vorliegende. Dr. Jäbig erklärt sich für
nochmalige Verathung der Petition in der Commission, es wäre schon viel
gewonnen, wenn der Justizminister, wenn auch keine Aenderung der Gefes-
gebung herbeiführe, so doch eine entsprechende Declaration an die Amts-
richter erließe. Stadtrath Bälou hält bei der Wichtigkeit der Sache es
für geboten, die Angelegenheit nochmals an die Commission zu verweisen.
Er erkennt übrigens dankend an, daß der Justizminister in seiner Antwort
ausdrücklich hervorgehoben habe, daß er das fiscalische Interesse nicht in
den Vordergrund gestellt hat. Die Kammer beschließt, die Angelegenheit
nochmals der Commission zu überweisen.
Die nächste Vorlage, betreffend eine Usance beim Rapsgeß, wird
auf den Antrag des Herrn Eichborn, dem der Referent Herr
Mugda, wenn auch aus anderen Gründen, beiruh, in geheimer Sitzung
berathen.
Von dem Bericht des Geheimen Raths Reuleaux über die auf
der Weltausstellung in Sidney gesammelten Erfahrungen nimmt die Ver-
sammlung Kenntnis. Der Bericht selbst ist in dieser Zeitung bereits zum
Abdruck gelangt.
Von der Mittheilung, betreffend die von Jos. Klement in Arad heraus-

gegebene commercielle Specialkarte der österreichisch-ungarischen Monarchie,
nimmt die Versammlung Kenntnis.
Ebenso von der Mittheilung des Herrn Handelsministers, betreffend das
neue Verzeichniß der deutschen Consulate.
Zur Ratification gelangt hierauf das Gutachten der Handelskammer über
die Wirkung der Verordnung des österreichischen Gesamtministeriums, be-
treffend den Veredelungsverkehr.
Schließlich macht Commerzienrath Molinari eingehend Mittheilung
über die Verhandlung des Ausschusses der deutschen Handelsstage, betreffend
den Antrag der Breslauer Handelskammer über die Tarification einzelner
Waaren.
Die Handelskammer beschließt diese Tariffage nochmals zur Verathung
zu ziehen resp. die Verkehrs-Commission mit dieser Verathung zu betrauen
und event. die Zusammenberufung des deutschen Handelsstages zu be-
antragen.
Schluß der öffentlichen Sitzung 6 1/2 Uhr.
Berlin, 10. März. [Börse.] Wenn man die Coursebewegung zu Be-
ginn der heutigen Börse beobachtet, möchte man es wohl nur noch als
eine Mythe betrachten, daß die Speculation eben erst so heimliche Erfahrungen
gemacht hat. Angeregt durch den festen gestrigen Verkehr an den aus-
wärtigen Plätzen und die günstigen Notirungen, welche auch von der heuti-
gen Wiener Vorbörse eintrafen, ließ die Börse die Course zum Theil rapide
emporklimmen, und es fehlt bei einzelnen Effecten nicht viel, so haben sie
ihre höchsten Course wieder erreicht. Nur in einer Beziehung macht sich die
Nachwirkung der Ereignisse aus der vorigen Woche wohl bemerkbar, indem
nämlich der Umfang des Geschäfts immerhin einen verhältnismäßig geringen
Umfang annimmt. Nur in Montanwerthen war der Verkehr animirt,
wogegen das Steigen der Eisenpreise in Glasgow Veranlassung gab. Die Er-
holung der Course in diesen Papieren war offenbar zum großen Theil neu
erfolgenden Meinungsläufen zuzuschreiben. Auch speculative Banken er-
freuten sich der Bevorzugung seitens der Speculation, während der Eisen-
bahnactien-Markt, allerdings bei fester Haltung, nicht die Anmuthung von
geheim aufzuweisen hatte. Auf dem internationalen Markte herrschte eben-
falls ziemlich Stille, indeß gingen auch hier, namentlich in Credit, erheb-
liche Coursebesserungen vor sich. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs
schwächten sich die Course unter dem Einfluß der Geschäftstille einigermassen
ab. Auf dem localen Markte zogen indeß die Course bald wieder an, und
auch auf dem internationalen Markte brach von Neuem die festere Tendenz
durch. Die Einzelheiten des Verkehrs gestalten sich folgendermaßen: Auf dem
internationalen Markte notiren Credit 33 1/2—3 1/2—2 1/2, Franz. 474—4 1/2
bis 3 1/2, Lombarden trotz Abrechnungen niedriger 149—9 1/2—8. Oester-
reichisch-ungarische Anleihen fest aber still. Nur in ungar. Goldrente kamen
zu höherem Course größere Abschlüsse zu Stande. Russische Werthe ohne
besondere Festigkeit. Rubel notiren: per ultimo 215—214,25 (Börse-
215,75/1,25), per April 215—214,25 (Börse-217,25/2,75). Auf dem localen
Speculationsmarkte erzielten Laura 135—3,75—34,25—34—34,25, Dortm.-
St.-Br. 102—1 1/2—3—2, Disc.-Comm. 192,50—2 1/2—1 1/2—1 1/2. Von Eisen-
bahnen heben wir hervor: per ult. Rhein. 175,75, do. junge 150,25, Berg.-
Märk. 109,40—50—108,75, Rumänien 49,80—50—90, Galizier 112,50 bis
111,75, Oberschlesische 185,10—25—184, Rechte-Deruser 143,25—143—25.
Auf dem Anlagemarkte herrschte für deutsche Fonds eine günstigere Stim-
mung. Für heimische Prioritäten war rege Nachfrage vorhanden. 5%
Berlin-Hamburger, 4 1/2% Berg. und 4% Werthe wurden in größeren
Posten aus dem Markte genommen. Oester. Prioritäten befanden sich in
sehr fester Haltung; Dur-Bodenbach und ungarische Werthe waren bevor-
zugt. Russ. Prioritäten bei stillem Verkehr im Wesentlichen unverändert.
Auf dem Kassamarkte zeigten große heimische Bahnen ziemlich feste Haltung.
Kleine Bahnen geschäftlos. Für österr. Nebenbahnen behauptet sich die
günstige Stimmung. Banken anziehend. Industrieactionen zumeist höher.
Donnersmarkt höher. Geld 2 1/2% im Privatdiscont. Fremde Wechsel
ziemlich fest, London gefragt.
Course um 2 1/2 Uhr: Schwächer. Creditactien 531,—, Lombarden 148,—,
Frankophen 473,—, Reichsbank 153,—, Disconto-Commanbit 191,—, Laura-
hütte 133,50, Dortm. Union 100,75, Lärten 10,70, Italiener 81,50, Oester-
reichische Goldrente 73,75, ungarische Goldrente 87,25, Oester. Silberrente
61,50, do. Papierrente 61,—, 5proc. Russen 87,—, Köln-Mindener —,
Rheinische 157,75, Verahische 108,50, Rumänien 49,75, Russ. Noten 214,25,
II. Orient-Anleihe 59,12, III. do. 59,12.
Course um 3 Uhr: (Course nur für Posten.) Oester. Silberrent-Op. 171,45 bez.,
do. Eisenbahn-Coupon 171,45 bez., do. Papier in Wien zahlb. v. mir.
40 Pf. t. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,19 bez., do. Eisenbahn-Prior.
4,19 bez., do. Papier-Dollar 4,19 bez., 6% New-York-City 4,19 bez.,
Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und berl. min. 75 Pf.
t. Berl., Poln. Papier u. berl. min. 75 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,55-53
bez., 22er Russen —, Große Russische Staatsbahn —, bez., Russ.-
Boden-Credit —, bez., Warschau-Wiener Comm. —, bez., Rumänien,
Dibid.-Sch. per 1879 9,75 bez., Warschau-Lozesspol —, bez., 5% un-
gar. Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlb. min. — Pf.
Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris
Belgische minus — Pf. Brüssel, Berl. Extr.-Discont. 20,41 bez.
Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.
[W. I. B.] Paris, 10. März, Abends. [Boulevard-Verkehr.]
3proc. Rente —, Neueste Anleihe von 1872 116,40. Lärten 1865
10,62. Neue Egypter 281,25. Banque ottom. —, Italiener 81,45.
Chemins —, Oester. Goldrente 74,68. Ungar. Goldrente 87%
Spanier erster —, Spanier inter. —, 1877er Russen 89,18. Lärten-
loose —, Orient 60%. Lombarden —, Fest.
Frankfurt a. M., 10. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-
Course.] Londoner Wechsel 20,48. Pariser Wechsel 81,15. Wiener
Wechsel 171,93. Köln-Mindener Stamm-Actien 146%. Rhein. Stamm-
Actien 157%. Hess. Ludwigsbahn 105%. Köln-Mindener Prämien-Anteile
133%. Reichsanleihe 99%. Reichsbank 153%. Darmstädter Bank 153%.
Meininger Bank 101%. Oester.-ungarische Bank 722,50. Creditactien
265%. Silberrente 61%. Papierrente 61. Goldrente 73%. Ungarische
Goldrente 87%. 1860er Loose 124%. 1864er Loose 309,50. Ungarische
Staatsloose 213,00. Ungar. Ostbahn-Obigationen 11,78%. Böhm. West-
bahn 192%. Elisabethbahn 161%. Nordwestbahn 145%. Galizier 223%
Frankophen*) 236%. Lombarden*) 74. Italiener —, 1877er Russen
87%. II. Orientanleihe 59%. Central-Pacific 110%. Schweizer Central-
bahn —, Ludwigsbahn-Verdacht —, Fest.
Nach Schluß der Börse: Creditactien 264%, Franz. 236, Galizier —,
Oester. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, II. Orientanleihe —,
III. Orientanleihe —, Lombarden —.
) per medio resp. per ultimo.
Hamburg, 10. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger
St.-Br. 126, Silberrente 61%, Oester. Goldrente 73%, Ung. Goldrente
87%, Credit-Actien 265%, 1860er Loose 124%, Franz. 589, Lombarden
186, Italiener 81%, 1877er Russen 87%, II. Orientanleihe 57%,
Reichsbank 122%, Laurabütte 132%, Nordb. 163%, Commerzbank 117%,
Anglo-deutsche 80%, 5% Amerikan. 95%, Köln-Mind. St.-A. —, Rhein-
Eisenbahn 157%, do. junge 150, Berg.-Märk. do. 109 1/2, Berlin-Hamb-
do. 190, Altona-Kiel do. 138%, Disconto 2%. Preuss. 4proc. Consols
99%, Oesterr. Nordwestbahn —, Schluß wieder fester.
Hamburg, 10. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco rubig,
auf Termine matter. Roggen loco still, auf Termine rubig. Weizen per
April-Mai 225 Br., 224 Gd., pr. Mai-Juni 226 Br., 225 Gd. Roggen
per April-Mai 166 Br., 165 Gd., pr. Mai-Juni 166 Br., 165 Gd. — Hafer
fest. Gerste rubig. Rübsöl loco 56, pr. Mai 56. — Spiritus
still, pr. März 50 1/2 Br., pr. April-Mai 50 1/2 Br., pr. Mai-Juni 50 1/2
Br., pr. Juni-Juli 50 1/2 Br. Kaffee mehr Geschäft, Umsatz 5000 Sack.
— Petroleum still, Standard white loco 7,10 Br., 7,00 Gd., pr. März
7,00 Gd., pr. August-December 8,10 Gd. — Wetter: Sehr schön.
Liverpool, 10. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.)
Muthmaßlicher Umsatz 6000 Ballen. Rußig. Tagesimport 12,000 B., davon
7000 B. amerikanische.
Liverpool, 10. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.)
Umsatz 6000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen.
Amerikaner schwach, Surats rubig. Middl. amerikanische April-Mai-Liefer-
ung 7 1/2, Mai-Juni-Lieferung 7 1/2 D.
Pest, 10. März, Vormittags 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen
loco matt, Termine luflos, per Frühjahr 14, 20 Gd., 14, 25 Br. — Hafer
per Frühjahr 7, 70 Gd., 7, 72 Br. — Mais per Mai-Juni 8, 85 Gd.,
8, 90 Br. — Rohraps per August-Septbr. 13%. — Wetter: Brachvoll.
Paris, 10. März, Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.)
Weizen loco, per März 33, 40, per April 33, 00, per Mai-Juni 31, 80,
per Mai-Juni 31, 00. — Weizen rubig, per März 67, 00, per April 67, 00,
per Mai-Juni 66, 75, per Mai-August 65, 50. — Rübsöl weichend, per März
77, 50, per April 78, 00, per Mai-August 79, 50, per September-December
80, 50. — Spiritus loco, per März 74, 75, per April 73, 75, per Mai
August 70, 75.
London, 10. März. Sabannazuder Nr. 12 25 1/2. Fest.

Paris, 10. März. Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 18½ bez. u. Br. per April 19 Br., per Septbr. 20 Br., per September-December 20½ Br. — Rubig. Bremen, 10. März, Nachmittags. Petroleum rubig. (Schlußbericht). Standard white loco 7, 20 bez., per April 7, 35 Br., per Mai 7, 50 Br., per August-December 8, 10 Br.

Berliner Börse vom 10. März 1880.

Fonds- und Geld-Course.		Wechsel-Course.	
Deutsche Reichs-Anl.	99,50 bz	Amsterdam 100 Fl.	8 T. 3 169,35 bz
Ösconsolidirte Anleihe	105,80 bzG	do.	2 M. 3 168,65 bz
do. do. 1876.	99,50 bz	London 1 Lstr.	2 M. 3 24,35 bz
Staats-Anleihe	99,50 bz	Paris 100 Fr.	8 T. 5 21,30 bz
Staats-Schuldenscheine	99,50 bz	Petersburg 100 R.	8 T. 5 21,30 bz
Präm.-Anleihe v. 1856	144,20 bz	Warschau 100 R.	8 T. 6 21,75 bz
Berliner Stadt-Oblig.	103,60 etbzG	Wien 100 Fl.	8 T. 4 171,85 bz
Berliner	103,90 G	do. do.	2 M. 4 171,15 bz
Pommersche	99,25 bz	Kurs d. Thaler-Losee	281,50 bz
do. do.	99,80 bz	Badische 35 Fl.-Losee	171,60 bzG
do. Lndch.-Ord.	102,90 bz	Braunschw. Präm.-Anleihe	97,25 bz
Posenische neue.	99,10 bzG	Oldenburger Losee	155,40 etbzB
Schlesische	99,10 bz	Ducaten	Dollar 4,215 G
Landschafts-Central	100,00 bz	Sover, 20,39 bz	Oest. Bkn. 171,95 bz
Kur. n. Neumark.	100,00 bz	Napoleon	do. Silbergld. —
Pommersche	99,90 bz	Imperial	Rusa. Bkn. 214,05 bz
Posenische	99,70 B	Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Preussische	99,70 B	Divid. pro 1878	
Westfäl. u. Rhein.	99,75 bz	1879	
Sächsische	100,20 B	Aachen-Mastricht.	1/2 — 4 34,50 bz G
Schlesische	99,70 bz	Berg-Märkische	— 4 105,60 bz
Badische Präm.-Anl.	136,75 bzG	Berlin-Anhalt	5 — 4 105,90 G
Baierische Präm.-Anl.	135,25 bzG	Berlin-Dresden	— 4 15,90 bz
do. Anl. v. 1875	99,65 bzG	Berlin-Görlitz	0 4 26,40 bz
Göln-Mind. Präm.-Anl.	133,90 bz	Berlin-Hamburg	10 1/2 4 192,25 B
Sächs. Rente von 1876	76,40 bz	Berl.-Potsd.-Magdb.	3 1/2 4 99,30 bzG
Hypotheken-Certificates.		Berlin-Stettin	2 3/4 4 114,70 bz
Krupp'sche Partial-Ob.	110,00 bz	Böhm. Westbahn	3 1/4 4 98,00 bzG
Unk. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	104,50 G	Bresl.-Freib.	3 1/4 4 106,25 bz
do. do.	104,90 bzG	Cöln-Minden	6 1/2 4 147,60 bzG
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfd.	104,00 bzG	Dux-Bodenbach	0 4 72,25 bz
do. do. do.	103,00 etbz	Gal. Carl-Ludw.-B.	0 4 112,20 bz
Kündb. Cent.-Bod.-Cr.	102,90 B	Halle-Sora-Gub.	8 21/4 4 24,50 bzB
Unkündb. do. (1872)	105,20 bz	Hannover-Altenb.	0 0 fr. —
do. rückz. d. 110	112,90 bz	Kaschau-Oderberg	4 4 54,00 bzG
do. do. do.	106,50 bz	Kronpr. Rudolfh.	5 5 66,25 bzG
Unk.Hd.Pr.Bd.-Ord.-B.	106,75 bzG	Ludwigsh.-Beb.	9 — 4 198,25 bz
do. III. Em. do.	106,75 bzG	Märk.-Posener	0 4 30,50 bz
Kündb.Hyp.-Schuld. do.	—	Magdeb.-Halberst.	9 1/2 6 145,75 bzG
Hyp.-Anst. Nord-G.-B.	99,00 bzG	Mainz-Ludwigsh.	4 4 105,90 bz
do. do. Pfandbr.	99,25 bzG	Niedersch.-Märk.	4 4 99,75 B
Pomm. Hyp.-Briefe	106,75 G	Oberschl. A.C.D.B.	8 1/2 — 5 183,70 bz
do. do. II. Em.	102,90 bzG	do. B. —	8 1/2 — 4 151,60 bz
Goth. Präm.-Pfd. I. Em.	120,40 bz	Oesterr. Fr. St.-B.	6 — 5 291,25 bzG
do. do. II. Em.	118,40 bz	Oest. Nordwestb.	4 0 143,50-28,00
do. 50% Pfd. d. Br. m. 110	166,80 bz	Oest. Südb. (Lomb.)	0 0 57,50 bzB
do. 50% do. do. m. 110	162,30 bz	Ostpreuss. Südb.	4 4 143,40 bz
Meininger Präm.-Pfd.	124,50 bzG	Rechte-O.-U.-B.	7 — 4 57,10 bz
Pfd. d. Ost.-Bd.-Cr.-Ge.	161,40 G	Reichensberg-Pard.	4 4 157,70 bzG
Schles. Bodencr.-Pfd.	105,25 bz	Rheinische	7 7 4 98,90 G
do. do.	103,30 G	do. Lit. B. (40% gar.)	4 4 11,90 bz
Südd. Bod.-Ord.-Pfd.	102,90 G	Rhein-Nahe-Bahn	6 0 4 49,90 bz
do. do.	102,90 G	Rumän. Eisenbahn	2 — 4 19,10 bzG
Ausländische Fonds.		Schweiz Westbahn	4 1/2 4 103,50 G
Oest. Silber-B. (1/2, 1/4)	61,60 bz	Stargard-Posener	4 1/2 4 157,50 bzB
do. (1/2, 1/4)	61,60-60 bz	Thüringer. Lit. A.	8 — 4 245,00 bzG
do. Goldrente	72,90 bz	Warschau-Wien	9,185 — 4
do. Papierrente	71,10 bz	Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.	
do. 54er Präm.-Anl.	114,00 bz	Berlin-Dresden	0 — 5 40,90 bz
do. Lott.-Anl. v. 60	124,75 bz	Berlin-Görlitzer	1 — 5 74,00 bzG
do. Credit-Losee	34,00 B	Breslau-Warschau	0 — 5 41,90 bzG
do. 64er Losee	309,75 bz	Halle-Sora-Gub.	0 — 5 84,60 bz
Buss. Präm.-Anl. v. 64	151,25 bz	Köhlfrut-Falkenb.	0 5 40,60 bzG
do. do. 1868	151,25 bz	Märkisch-Posener	5 5 100,50 bzG
do. Orient-Anl. v. 1877	59,40 bzG	Magdeb.-Halberst.	4 1/5 3 1/2 88,60 bzG
do. II. do. v. 1878	59,50 bzG	do. Lit. C.	5 5 120,90 bz
do. III. do. v. 1879	59,30-59,40bz	Ostpr. Südbahn	5 5 98,90 etbzG
do. Anleihe 1877	87,60 bzB	Posen-Kreuzburg	2 1/2 — 5 73,90 bzG
do. Bod.-Ord.-Pfd.	78,00 bzB	Rechte-O.-U.-B.	7 — 5 141,50 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	75,90 B	Rumänien	8 8 108,90 bz
Buss.-Pola-Schatz-Ob.	81,00 B	Saal-Bahn	8 8 45,75 bzG
Pola. Pfandbr. III. Em.	65,60 bzB	Weimar-Gera	0 0 34,00 bz
Pola. Liquid.-Pfandbr.	65,60 bz	Bank-Papiere.	
Amerik. rückz. p. 1881	101,40 bz	Allg. Deut. Hand.-G.	2 8 1/2 4 69,90 bz
do. 50% Anleihe	61,30 etbz	Berl. Kassen-Ver.	8 1/2 4 170,90 bzG
Ital. 50% Anleihe	61,30 etbz	Berl. Handels-Ges.	0 4 16,75 bzG
Baum-Grazer 100 Thlr.	92,25 bzG	Brl. Prd.-u. Hdl.-B.	0 4 1/2 76,25 G
Baum-Grazer Anleihe	92,25 bzG	Braunsch. Bank	3 1/2 4 98,00 G
Türkische Anleihe	10,70 bz	Bresl. Disc.-Bank	3 1/2 4 95,50 bzG
Ungar. Goldrente	6,80 bz	Bresl. Wechselbank	6 1/2 6 98,75 bzG
do. Loose (M. p. St.)	215,00 bz	Coburg Credit-Bank	6 1/2 6 90,90 bz
Ung. 50% Eisen-Anl.	85,00 bz	Danziger Priv.-Bk.	6 1/2 4 169,25 B
Schwedische 10 Thlr.-Losee	—	Darmst. Creditbk.	6 1/2 4 153,00 bzG
Finische 10 Thlr.-Losee	50,10 G	Darmst. Zettelbk.	6 1/2 5 107,10 bz
Türken-Losee	30,50 bzB	Deutsche Bank	6 1/2 4 146,75 bzG
Eisenbahn-Prioritäts-Actien.		do. Reichsbank	6 1/2 5 152,90 bzG
Berg-Märk. Serie II. (41/2)	91,20 bzG	do. Hyp.-B.-Berl.	6 1/2 4 92,00 bzG
do. III. v. St. (31/2)	103,60 G	Disc.-Comm.-Anth.	6 1/2 — 4 191,75 bz
do. do. VI. (41/2)	103,60 G	do. alt.	6 1/2 — 4 191,00-2,50
do. Hess. Nordbahn	103,60 G	Genossensch.-Bnk.	5 7 4 111,25 bzG
Berlin-Görlitz	102,60 bz	do. junge	6 1/2 7 109,75 G
do. Lit. C. (41/2)	101,30 bz	Goth. Grundcredb.	6 — 4 94,25 bzG
do. Lit. D. (41/2)	101,25 bz	do. junge	6 — 4 94,40 bzG
Bresl.-Freib. Lit. D. (41/2)	—	Hamb. Vereins-B.	7 1/2 4 102,50 bzB
do. do. G. (41/2)	103,60 B	Hannov. Bank	6 1/2 4 97,75 bz
do. do. H. (41/2)	103,60 B	Königsb.-Ver.-Bk.	6 1/2 4 151,10 bz
do. do. J. (41/2)	103,60 B	Leipz. Cred.-Anst.	6 1/2 10 140,75 bz
do. do. K. (41/2)	103,60 B	Luxemburg. Bank	6 1/2 4 113,25 B
do. von 1876	106,00 bzG	Magdeburger do.	6 1/2 5 102,00 bzB
Breslau-Warschauer	99,10 G	Meininger do.	8 1/2 10 164,00 B
Cöln-Minden III. Lit. A.	99,10 G	Nordd. Grundcr. B.	0 4 62,25 bzG
do. Lit. B. (41/2)	103,60 B	Oberlausitzer Bk.	4 4 1/2 87,00 bzG
do. Lit. C. (41/2)	103,60 B	Oest. Cred.-Actien	6 1/2 1 1/2 532,50-32,50
do. Lit. D. (41/2)	103,60 B	Posener Pro.-Bank	4 7 116,50 B
do. Lit. E. (41/2)	103,60 B	Pr.-Bod.-Cr.-Act. B.	5 — 4 94,60 bzG
do. Lit. F. (41/2)	103,60 B	Pr. Cent.-Bod.-Crd.	5 — 4 127,25 etbzB
do. Lit. G. (41/2)	103,60 B	Sächs. Bank	5 6 120,00 bzG
do. Lit. H. (41/2)	103,60 B	Schl. Bank-Verein	5 6 108,00 bzG
do. Lit. I. (41/2)	103,60 B	Weimar. Bank	0 — 4 40,80 bzG
do. Lit. J. (41/2)	103,60 B	Wiener Unionb. Bk.	5 6 210 bz
Oberschles. A. (41/2)	—	In Liquidation.	
do. B. (41/2)	—	Berliner Bank	— fr. —
do. C. (41/2)	—	Centralb. f. Genoss.	— fr. 45,00 G
do. D. (41/2)	—	Sächs. Cred.-Bank	— fr. —
do. E. (41/2)	—	Schl. Vereinsbank	— fr. —
do. F. (41/2)	91,40 G	Thüringer Bank	— fr. 201,50 G
do. G. (41/2)	103,60 G	Industrie-Papiere.	
do. H. (41/2)	103,60 bz	D. Eisenbahn-G.	0 — 4 10,00 bzG
do. I. (41/2)	103,60 bz	do. Reichs-u. C.	0 — 4 —
do. J. (41/2)	103,60 bz	Märk.-Sch. Masch. G.	0 — 4 38,25 etbzG
do. von 1879	104,00 B	Nordd. Gummi-fab.	1 1/2 4 —
do. von 1873.	104,00 B	Pr. Hyp.-Vers.-Act.	5 2 4 89,50 bzG
do. von 1874.	104,00 B	Schlus. Feuervers.	21 — fr. 1065 B
do. Bries-Neisse	103,25 G	Donnersm. Kärth.	1 1/2 1 1/2 4 67,50 bz
do. Cosel-Oderb.	99,00 bz	Dortm. Union	0 — 4 13,75 bzG
do. Stargard-Posen	99,00 bz	do. abgest.	0 — 4 —
do. do. II. Em.	103,60 B	do. St.-P. Lit. A.	0 — 4 102,00 bzG
do. do. III. Em.	103,60 B	Königs-u. Laurah.	1 1/2 4 134,30 B
do. Nürschl. Zwegb.	102,90 G	Lauchhammer	0 — 4 48,80 bzG
Oestpreuss. Südbahn	103,60 B	Marienhütten	2 1/2 4 70,20 bzG
Rechte-Oder-Ufer-B.	103,30 B	Cons. Redenhütten	0 — 4 215,00 bzB
Schlesw. Eisenbahn	103,60 B	do. Obilg.	6 6 102,60 G
Charkow-Asow gar.	91,20 bz	Schl. Kohlenwerk	0 — 4 107,50 B
do. do. in Pfd. Sterl.	55,00 bz	Schl. Zinkh.-Actie	6 1/2 4 102,40 G
Charkow-Kremen. gar.	68,25 bz	do. St.-Pr. Act.	5 1/2 4 105,50 bzG
do. do. in Pfd. Sterl.	55,00 bz	Oppeln. Portl. Cem.	3 1/2 4 64,25 bzG
Rjasen-Koslow gar.	98,75 bz	Grochowitz do.	2 4 67,25 bzG
Dux-Bodenbach	82,20 bzB	Tarnowitz, Bergb.	0 — 4 94,75 bzB
do. II. Em.	82,20 bzB	Vorwärts-Hütte	0 — 4 24,50 bzG
Prag-Dux	48,40 bzG	Bresl. E.-Wagenb.	5 1/2 — 4 77,50 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	91,50 B	do. ver. Oelfabr.	5 1/2 — 4 78,90 bzB
do. do. neue	89,20 bzG	do. Strassenbahn	6 — 4 114,00 G
Kaschau-Oderberg	74,00 bzG	Erdm. Spinnerel.	0 — 4 43,50 bzG
Ung. Nordostbahn	71,40 G	Görlitz. Eisen-B.	6 1/2 — 4 89,90 B
Ung. Ostbahn	65,10 bzG	Hofm. a'Wag. Fabr.	0 — 4 —
Lemberg-Cernowitz	75,50 G	O.-Schl. Eisen-B.	0 — 4 69,50 bz
do. do. II. E.	75,20 bzG	Schl. Leinenind.	5 — 4 98,00 bzG
do. do. III. E.	73,75 bzG	do. Porzellan	1 1/2 — 4 —
do. do. IV. E.	71,25 bzG	Wilhelmsh. MA.	0 — 4 47,00 bzG
Mährische Grenzbahn	61,50 G	Bank-Discount 4 pCt.	
Mähr.-Schl. Centralb.	39,90 bzG	Lombard-Zinfussus 5 pCt.	
Kronpr. Rudolf-Bahn	79,40 bzG		
Oosterr.-Französische	376,80 G		
do. do. II. E.	367,20 G		
do. südl. Staatsbahn	263,10 bzG		
do. neue	264,90 bzG		
do. Obligationen	93,20 bz		
Rumän. Eisenb.-Oblig.	96,75 bzG		
Warschau-Wien II.	101,80 G		
do. III.	100,75 G		
do. IV.	99,90 G		
do. V.	98,90 bz		